

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Alles nur Sieger?

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2009

Das Wahlergebnis lässt sich so interpretieren, dass eine Mehrheit der lohnabhängigen Wählerinnen und Wähler hofft, aus der Wirtschafts- und Finanzkrise mit einem blauen Auge davon zu kommen. Die Große Koalition wurde abgewählt, aber für einen radikalen Wandel fehlte die Stimmung. Das zeigte sich im Wahlkampf beispielhaft im sogenannten »Fernsehduell« zwischen Merkel und Steinmeier, ebenso wie in den nichtssagenden Parolen der Wahlwerbung auf Plakaten und in den Werbespots im Fernsehen. Es zeigt sich aber auch daran, dass die Volksparteien (SPD, CDU/CSU, aber auch Grüne) weiterhin von einer deutlichen Mehrheit gewählt wurden. Über 1,6 Millionen von der SPD enttäuschter Wähler sind dieser Bundestagswahl fern geblieben, weitere 1,3 Millionen wählten CDU/CSU bzw. die Grünen, lediglich 780 Tsd. stimmten für die Linkspartei. Von den Stimmenverlusten der CDU/CSU gingen etwa 920 Tsd. auf das Konto der Nichtwähler; etwa 1,1 Millionen Stimmen kamen der FDP zugute und können als Votum für eine marktliberalere Politik der schwarz-gelben Koalition gewertet werden.

Der zweite bemerkenswerte Aspekt dieser Bundestagswahl ist, dass der SPD seit 1998 **über zehn Millionen Wähler, mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft**, abhanden gekommen sind, also in 11 Jahren. Ein großer Teil davon beteiligt sich seit Jahren schon nicht mehr an den Wahlen. Die Versuche insbesondere unter Schröder, die Verluste in der Arbeiterschaft durch Gewinne bei den Mittelschichten – vor allem unter den besser verdienenden Angestellten und den qualifizierten Facharbeitern – wettzumachen, scheiterten. Das Votum der potentiellen sozialdemokratischen Wählerschaft gegen die scheinbare Abwendung ihrer Politiker von einer »echten« sozialdemokratischen Politik, etwa durch die Agenda 2010 und die Rente mit 67 ist eindeutig; die führenden Vertreter dieser Linie in der SPD geraten unter Druck und reagieren mit Rückzug von ihren Posten.

Gegenüber der letzten Bundestagswahl 2005 sank die Wahlbeteiligung von 77,7 Prozent auf 70,8 Prozent ab (2002: 79,1 Prozent); über vier Millionen Wähler blieben den Wahlurnen fern. Und immerhin 640 Tsd. gaben ungültige Stimmzettel ab, wurden aber als Wähler mitgezählt. Das Gros der Nichtwähler kommt aus den Lagern der Unionsparteien und vor allem der Sozialdemokratie. Sie signalisieren Enttäuschung ohne Ziel und Richtung und niemand kann sagen, wo sie einmal politisch landen werden. Es ist bemerkenswert, dass es – auch bei den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg – die rechten Parteien DVU und NPD nicht schafften, aus dieser Stimmung Kapital für sich zu schlagen; aber das kann sich ändern, wenn die sozialen Spannungen zunehmen und eine linke Perspektive nicht Gestalt gewinnt.

Wie die bürgerlichen CDU-Anhänger diesmal mit der Zweitstimme FDP wählten, um ihre eigene Partei zu einer



unternehmerfreundlichen Politik zu zwingen, so setzte die Linkspartei in ihrer Wahlpropaganda auf SPD-Anhänger, die sie wählen sollten, um die SPD zu einer »echten« sozialdemokratischen Politik zu zwingen (Gysi Forderung nach einer Resozialdemokratisierung der SPD, die ergänzt wurde durch den auf die Grünen zielenden Slogan »Wer Grün will, muss rot wählen.«). Wie anders eine »echt« sozialdemokratische Politik aussehen sollte, ist unklar. Es beruht auf einem falschen Verständnis von sozialdemokratischer »Realpolitik«, wenn Gerhard Schröder vorgeworfen wird, er hätte keine sozialdemokratische Politik betrieben. Die links-sozialdemokratische Perspektive von Lafontaine und Gysi ist ein Geschöpf der Oppositionsrolle; im harten Tagsgeschäft des Regierungshandelns, so wie im Berliner Senat, kapituliert sie stets vor den »realpolitischen Erfordernissen«, d.h. den Einschränkungen des Haushalts. In der Opposition mag es zu weiterer Annäherung zwischen SPD und Linkspartei kommen, die SPD sozusagen nach links rücken – wo immer es zur gemeinsamen Regierungsbildung kommt, wird dafür die Linkspartei nach rechts rücken müssen, d.h. die Realität der kapitalistischen Krise akzeptieren und ministeriell verwalten. Der überwältigende Wahlsieg, den die Linkspartei feiert, wird der Partei erhebliche zusätzliche Mittel aus der Parteienfinanzierung des Bundeshaushalts bringen und den hauptamtlichen Apparat stärken, und damit dessen Kontrolle über die Mitgliedschaft.

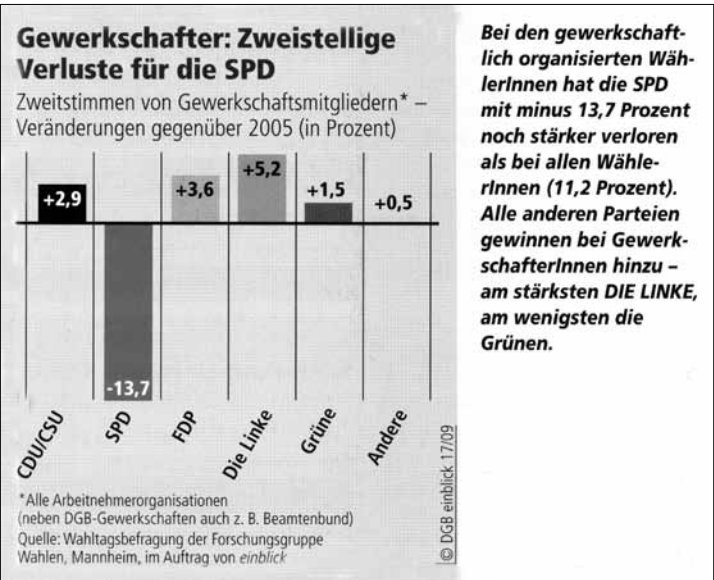
Vor dem Wahltag überwogen in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse Artikel, die einen – wenn auch zaghaften – Wirtschaftsaufschwung in Aussicht stellten. Nach der Wahl verschiebt sich der Tenor: Es wird die Fortdauer der Krisenfolgen, insbesondere für die Betriebe und die Beschäftigten, betont und es wird auf die vorhersehbare Notwendigkeit hingewiesen, Sozialleistungen und Renten zugunsten einer Stabilisierung der öffentlichen Haushalte einzufrieren oder zu kappen. Mit Rücksicht auf die anste-

henden Landtagswahlen in NRW im kommenden Jahr wird die Diskussion um die »Neustrukturierung« der Steuern und der Sozialversicherungen, d.h. die Entlastung der Unternehmer und die weitere Belastung der Lohnabhängigen, der Rentner und der Erwerbslosen, zur Zeit nur verhalten geführt. Ganz sicher wird als Konsequenz aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise der Bundeshaushalt 2011 und die künftige mittelfristige Finanzplanung des Bundes kräftige Einschnitte im Sozialetat und zusätzliche Steuerbelastungen für die Mehrheit der Bevölkerung vorsehen müssen.

Die künftige Haltung der Beschäftigten lässt sich kaum vorhersehen; bislang setzten vor allem Belegschaften großer Betriebe auf »Die Politik«, wenn es um Betriebsschließungen und Standortverlagerungen ging. So, wie seinerzeit Gerhard Schröder die Firma Holzmann letztlich erfolglos »rettete«, spielten sich vor der Wahl die führenden Politiker beider großen Parteien als Retter für Opel auf – mit ungewissem Ausgang. Die kommende Regierung unter Angela Merkel wird weiterhin versuchen, den sozialen Frieden mit Zugeständnissen an die Gewerkschaften und die Lohnabhängigen zu erhalten. Die vorhersehbare dramatisch schlechtere Finanzlage der öffentlichen Hände und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise wird eine solche Politik erschweren oder gar unmöglich machen – und zugleich den Wirtschaftsflügel in der CDU-CSU gegen den Arbeitnehmerflügel weiter stärken. Nimmt man die Stimmabgabe bei dieser Bundestagswahl zum Maßstab, so hatten die von der Politik ihrer Parteien enttäuschten SPD- und CDU/CSU-Wähler zu einem großen Teil mit Wahlabstinz reagiert, und nicht mit der Wahl radikaler Parteien – abwenden statt einmischen lautete also die Konsequenz für diese Gruppe. Wichtiger könnte dagegen jene Minderheit werden, die die Linkspartei bei dieser Wahl zur viertstärksten Partei machte, falls ihre Mitglieder über die Stimmabgabe bei einer Wahl hinaus in anstehenden politischen Konflikten aktiv würden.

Die Widersprüche zwischen aktiven Gestaltern einer sozialdemokratischen Politik á la Schröder-Steinmeier und opportunistischen Mitmachern wie Andrea Nahles oder Sigmar Gabriel sind offenbar nicht besonders ausgeprägt. Beide Lager bemühen sich, die sozialen Widersprüche in Mitgliedschaft und Wählerschaft herunter zu spielen, indem sie vor allem den Führungsstil Franz Münteferings für den »katastrophalen Zustand« (S. Gabriel) der SPD verantwortlich machen. (FAZ 24.10.09) Zwar wird auch auf die Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 und die Rente mit 67 hingewiesen, aber **es wird erkennbar nicht mit der dahinter stehenden Politik gebrochen**. Die sich neu formierende SPD-Führung will ihre Stellung in der »Mitte« der Gesellschaft, zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen, erhalten und stärken. Insoweit steht sie auch nicht im Gegensatz zum Großteil ihrer Mitglieder- und Wählerbasis, die ebenfalls weit davon entfernt ist, die gesellschaftlichen Widersprüche zuspitzen zu wollen. Die hier angedeuteten Widersprüche unter den Teppich zu kehren, d.h. weiter zu machen wie bisher, wird der SPD-Führung nur gelingen, wenn sich die wirtschaftliche Lage wieder so verbessert, dass auch breite Schichten der Lohnabhängigen davon profitieren. Geschieht dies nicht, dann wird die Erosion der Mitglieder und Wähler voranschreiten – bei beiden großen Volksparteien, vor allem jedoch bei der SPD.

In der Oppositionsrolle mögen SPD und Linkspartei im Bund in den kommenden Monaten und Jahren durchaus näher zueinander finden – aber wie verhält sich denn die Linkspartei dort, wo sie selbst in der Regierung ist? – Nicht viel anders, als die SPD sich in der Regierung verhielt.



Bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen hat die SPD mit minus 13,7 Prozent noch stärker verloren als bei allen WählerInnen (11,2 Prozent). Alle anderen Parteien gewinnen bei GewerkschafterInnen hinzu – am stärksten DIE LINKE, am wenigsten die Grünen.

Durch ihre bloße Existenz übt die Linkspartei allerdings von außen Druck auf die Sozialdemokratie aus. Sie stellt keine wirkliche sozialistische Alternative dar. Sie bewirkt aber Unruhe unter vielen sozialdemokratisch gesonnenen Lohnabhängigen, die unter geeigneten Umständen von klassenbewussten Kräften zur deren politischer Mobilisierung ausgenutzt werden kann. Darauf müssen wir setzen.

Stand 24. Oktober 2009 ■

INHALT · Heft Nr. 3 / 10. Nov. 2009 · Jg. 50

Nur Sieger?
Zum Ergebnis der Bundestagswahl 1
Streik der Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SED) 7
Gebäudereiniger: Aller Anfang ist schwer 8
Mumia Abu-Jamal: Exekution nach 27 Jahren Todeszelle? . . 9
Spendenaufruf zur Verteidigung. 12
Großbritannien: Diskussion um die spontanen Streiks . . 13
Österreich: Verluste der SPÖ 16
Leserbrief aus Wien: Die neue Dienstordnung. 17
Finnland: Weltwirtschaftskrise erfasst auch Finnland . . 18

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülpfenweg 87 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße
- **Hannau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Wer soll diesen Arbeitsplatz noch attraktiv finden?

Der letzte von allen Beschäftigten bei den öffentlichen Arbeitgebern geführte Streik liegt mittlerweile gut 17 Jahre zurück. Neu bei dem aktuellen Streik war, dass es sich ausschließlich um einen Streik bei den Kommunen in einem Berufsfeld handelte. Die bei bisherigen Streiks hauptsächlich aktiven Arbeiterbereiche wie Müllabfuhr und öffentlicher Nachverkehr waren nicht berührt.

Der Streik fand nicht in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase statt sondern in der härtesten Weltwirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese gegenwärtige »Überproduktionskrise«, verschärft durch die Krise am Finanzmarkt, kommt erst verzögert im öffentlichen Dienst und in den Kommunen an. Spürbar wird die Wirtschaftskrise zunächst bei den öffentlichen Arbeitgebern in Form von Steuereinnahmeausfällen. Die Auswirkungen der Krise waren für die Beschäftigten bei den Kommunen in ihrer Gesamtheit zu Beginn des Streiks noch nicht bemerkbar, da die öffentlichen Arbeitgeber noch keine Einschnitte bei den Personalausgaben vorgenommen hatten. In den Verhandlungen spielten die Folgen der Krise jedoch mit zunehmender Dauer des Streiks eine gewichtigere Rolle.

Die Streiks der Beschäftigten stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem neugeschaffenen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der den Bundesangestelltentarif (BAT) abgelöst hat. In der Arpo 1/2006 und 2/2006 analysierten wir den Abwehrkampf der Kommunal-Beschäftigten gegen die Arbeitszeitverlängerung in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg. Diese Auseinandersetzungen mündeten schließlich darin, dass die Arbeitszeit verlängert wurde. In diesen Abwehrkämpfen gegen die Arbeitszeitverlängerung zeigte sich, dass insbesondere die ErzieherInnen aus dem Berufsfeld des SED ein wichtiges Kampfpotential darstellten.

In der letzten Ausgabe berichteten wir über den Arbeitskampf der Beschäftigten im kommunalen SED und gingen davon aus, dass der Streik zu Beginn der Sommerferien ausgesetzt und nach den Sommerferien wieder aufgenommen werden würde. Es kam jedoch anders.

Zunächst ein Blick auf die Forderungen, die Verhandlungen, die Einbeziehung der Beschäftigten in die Entscheidungen und den Streik selbst.

Die Forderungen

Ver.di forderte für die Eingruppierung der Sozialarbeiter/ Sozialpädagogen (SA/SP) mit entsprechender Tätigkeit die Entgeltgruppe (EG) 10, die ErzieherInnen mit entsprechender Tätigkeit die EG 9 und für KinderpflegerInnen mit entsprechender Tätigkeit die EG 7. Die Forderungen lagen insbesondere bei den KinderpflegerInnen weit über der Eingruppierung nach dem alten BAT und dem neuen TVöD.

Um die Arbeitsbedingungen verbessern zu können, wurde zudem der »Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung« gefordert. Die Eckpunkte waren: **Individueller Anspruch auf Gefährdungsbeurteilung** und deren Beseiti-

In der »Arbeiterpolitik Nr. 2/09« erschien der Artikel »Linke Krisenbewältigung?« leider ohne Fußnoten. Wir legen ihn dieser Ausgabe deshalb noch einmal in der ergänzten Fassung bei und bitten zugleich um Entschuldigung für den technischen Fehler.

Folgen der Umstellung vom BAT auf den TVöD

Beschäftigte, die schon vor Inkrafttreten des neuen TVöD beschäftigt waren, kamen durch Besitzstandswahrung in der Gesamtheit ohne Verluste davon. Für ab 30.9.2005 neu eingestellte Beschäftigte sieht dies grundsätzlich anders aus. Diese erhalten weder Bewährungsaufstiege noch familiär bezogene Lohnbestandteile. Durch Abschaffung der Bewährungsaufstiege bleiben KinderpflegerInnen¹⁾ »in der Regeltätigkeit« in der EG 3 statt nach zwei Jahren in die EG 5 zu kommen, was in der Differenz ca. 180 EUR mtl. ausmacht. KinderpflegerInnen mit schwierigen fachlichen Tätigkeiten bleiben in der EG 4 statt nach 5 Jahren in die EG 6 zu kommen (Differenz: ca. 100 EUR mtl.). ErzieherInnen »in der Regeltätigkeit« bleiben in der EG 6 statt nach 7 Jahren in die EG 8 zu kommen (Differenz: ca. 150 EUR mtl.). Sozialarbeiter/-pädagogInnen bleiben in EG 9 und bekommen die nach 6 bzw. 4 Jahren übliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von gut 105 EUR bzw. 126 EUR nicht mehr gezahlt.

Diesen TVöD unterschrieb ver.di, weil die VKA und der Bund versicherten, innerhalb von 2 Jahren die BAT-Vergütungsordnung durch eine neue Entgeltordnung (EGO) zum Abschluss zu bringen und somit die Schlechterstellungen dann wieder beseitigt würden. Nun aber wird die EGO für alle Beschäftigten der Kommunen seit vier Jahren ohne Ergebnis verhandelt.

Im SED sind als größte zusammenhängende Berufsgruppe bei den Kommunen ca. 220.000 KollegInnen beschäftigt (davon ca. 127.000 ErzieherInnen und KinderpflegerInnen). Nach Schätzung von ver.di fielen rund 20 Prozent unter die neue Regelung, weil sie entweder neu eingestellt waren oder keine Anwartschaftszeiten hatten.

Die Tarifvertragsparteien kamen im Tarifabschluss 2008 überein, dass sie »nach Abschluss der Tarifrunde 2008 übergangsweise insbesondere die Eingruppierung für die Beschäftigten im SED ohne Präjudizwirkung für die Verhandlung der Entgeltordnung vereinbaren.« Damit sollte erreicht werden, dass »unangemessene und ungewollte Exspektanzverluste²⁾ im Verhältnis zum abgelösten BAT/BAT-O« vermieden werden, »die dadurch eintreten können, dass die laufenden Verhandlungen zur Entgeltordnung nicht rechtzeitig zu einem Ergebnis geführt werden können.«³⁾

gung einschließlich der betrieblichen Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen, **Festlegung des Anspruchs**, in welchen Zeitabständen oder aufgrund welcher Veränderungen der Arbeitsbedingungen eine erneute Gefährdungsbeurteilung verlangt werden kann, **Auskunfts- und Informationsrechte**, Beteiligungsrechte der Beschäftigten und **Qualifizierung** für eine Beteiligung und bei Ablehnung der Maßnahmen durch den Arbeitgeber die Bildung einer paritätischen be-

1) Hier werden nur einige Berufsgruppen von den insgesamt 50 Berufsgruppen erwähnt

2) Exspektanzverluste: **Anwartschaftsverluste**, die durch die ersatzlose Streichung der Bewährungsaufstiege nicht mehr gezahlt werden

3) im folgenden: **Potsdamer Einigung**

Die Verhandlungen

Die Verhandlungen erstreckten sich über 6 Monate und begannen am 20. Januar 2009. Gleich in der ersten Verhandlungsrunde machte die VKA klar, dass die Forderungen über die »Potsdamer Einigung« hinausgehen. Sie kündigten für die zweite Verhandlungsrunde einen eigenen kostenneutralen Vorschlag an.

In den ersten sechs Verhandlungsrunden machten die Arbeitgeber lediglich in der zweiten, dritten und sechsten Verhandlungsrunde ein Angebot zur Entgeltforderung. Sie boten in der zweiten Verhandlungsgruppe die Grundeingruppierung für ErzieherInnen in die EG 6 und für die SA/SP die EG 9 an. In der dritten und sechsten Runde modifizierten sie das Angebot für die ErzieherInnen.

Mit dem ersten Angebot blieben sie unter der »Potsdamer Einigung«. In der dritten und sechsten Runde legten sie ausschließlich für die ErzieherInnen etwas nach. Beide Angebote lagen weit unter den Forderungen und ließen den Rest der Beschäftigten leer ausgehen. Das zweite Angebot lehnte ver.di ab, da es nichts weiter als eine Absenkung für die Mehrheit der ErzieherInnen bedeutet hätte. Bei dem Angebot für die Berufsgruppe der ErzieherInnen blieben sie in den ersten drei Stufen unter EG 8 des TVöD-Niveaus und in den Stufen 4 und 5 leicht über der EG 8. Erst in der Stufe 6 lagen sie ca. 120 EUR über der bestehenden Eingruppierung.

In einem Brief an Frank Bsirske (19. Juni) machte die VKA deutlich, dass sie es ablehnen würden, über Änderungen der Eingruppierung, wie in der Anlage 1a zum BAT vom 24. April 1991 beschrieben, zu verhandeln. Sie erklärten sich lediglich bereit, auf Grundlage der »Potsdamer Einigung« zu verhandeln. Damit war klar, dass ver.di sich mit den Forderungen nach höherer Eingrup-

pirung nicht mehr durchsetzen kann, da sie wegen der Friedenspflicht die Arbeitgeber mit Streiks nicht zu Verhandlungen hätte zwingen können. Dieser Zusammenhang blieb vielen KollegInnen selbst im Verlauf der Streikaktionen unklar.

Zum »Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung« machten die Arbeitgeber in der ersten vier Verhandlungsrunden kein Angebot. In der ersten Runde lehnte die VKA Verhandlungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung wegen fehlender Mandatierung ab und verwies in der zweiten darauf, dass sie sich erst in der vierten Verhandlungsrunde äußern würden, ob sie überhaupt darüber verhandeln wollten.

In der vierten und fünften Verhandlungsrunde erklärten sie sich schließlich bereit, über den Tarifvertrag Gesundheitsschutz zu verhandeln. Sie griffen die gewerkschaftliche Forderung nach einem individuellen Recht des Beschäftigten auf eine Gefährdungsanalyse nicht auf, erklärten das Gesundheitsbewusstsein zum Problem der Beschäftigten und ignorierten die Arbeitsbedingungen. In der sechsten Verhandlungsrunde unterbreiteten sie ein Angebot zum Gesundheitsschutz. Dieses enthielt »kein individuelles Recht auf Gefährdungsanalyse, sowie keine verbindlichen Regelungen zur Umsetzung von Maßnahmen unter Beteiligung der Beschäftigten.«⁵⁾

Das Angebot zum Gesundheitsschutz und insbesondere zum Entgelt wurde von der zweiten Streikdelegiertenversammlung in Berlin abgelehnt, weil lediglich für nur ca. 20 Prozent der ErzieherInnen eine kleine Verbesserung angedacht war und alle anderen ca. 49 Berufsgruppen leer ausgehen sollten. ver.di brach daraufhin die Verhandlungen am 19. Juni ergebnislos ab. ■

setzten **betrieblichen Kommission**, die in einfacher Mehrheit über Maßnahmen, die der Arbeitgeber durchzuführen hat, entscheidet.

Nach der siebten Verhandlungsrunde erklärte Michael Wiese (ver.di-Verhandlungsführer für den Sozial- und Erziehungsdienst) dass die Positionen noch sehr weit auseinander lägen, jedoch auch Bewegung erkennbar wäre und machte den Standpunkt der Gewerkschaft nochmals deutlich: »Wir wollen einen Gesundheitsschutz, der gewährleistet, dass eine Gefährdungsanalyse nicht ungehört verpufft, sondern dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Gesundheitsgefährdung zu mindern. Und wir brauchen eine echte Aufwertung der Berufe, das heißt: Die Arbeitgeber müssen die Arbeit und die Verantwortung besser anerkennen, die in diesen Berufen geleistet wird – Anerkennung heißt dabei: mehr Geld. Und zwar für alle. ver.di will eine Lösung. Die Arbeitgeber behaupten, sie wollten das auch. Nun geht es darum, zu sehen, ob es einen Einigungskorridor gibt, auf den wir uns verständigen. Wenn das noch nicht der Fall ist, werden die Streiks weitergehen – nach der Sommerpause wird ver.di dann sogar noch einen Zahn zulegen.«

Das Ergebnis

Die achte Verhandlungsrunde vom 23. Juni bis 27. Juni führte zum Angebot der Arbeitgeber, über das die Mitglieder schließlich in der 2. Urabstimmung abstimmten.

Das Angebot besteht aus dem Tarifvertrag »Betrieblicher Gesundheitsschutz/ Betriebliche Gesundheitsförde-

rung« und »Entgelt und Eingruppierung der Beschäftigten im SED«.

„Betrieblicher Gesundheitsschutz/ Betriebliche Gesundheitsförderung“

Ver.di konnte sich insofern durchsetzen, dass Beschäftigte einen individuellen Anspruch auf die Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung haben und in der von ihr geforderten Weise beteiligt sind. Ferner konnte sich ver.di in der Bildung einer betrieblichen Kommission auf Antrag des Personalrats/Betriebsrats (PR/BR) und deren Zusammensetzung durchsetzen. Die Mitglieder müssen jedoch Beschäftigte des Arbeitgebers sein. Damit wurde verhindert, dass die Gewerkschaft in Verwaltungen ohne Personalvertretung mit in der Kommission sitzt. Die Kommission berät bei der Ablehnung der Maßnahme durch die betroffenen Beschäftigten über die erforderlichen Maßnahmen und kann Vorschläge machen. Die Ablehnung der Vorschläge sind durch den Arbeitgeber zu begründen

Nicht durchsetzen konnte ver.di sich mit dem Letztentscheidungsrecht der betrieblichen Kommission. So führt der »der Arbeitgeber ... die Maßnahmen durch, wenn die Mehrheit der vom Arbeitgeber benannten Mitglieder der betrieblichen Kommission im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber dem Beschluss zugestimmt hat. Gesetzliche Rechte der kommunalen Beschlussorgane bleiben unberührt. Wird ein Vorschlag nur von den vom Personalrat/Betriebsrat benannten Mitgliedern gemacht und folgt der Arbeitgeber diesem Vorschlag nicht, sind die Gründe darzulegen.« Vereinbart wurde auch, dass »gesetzliche Bestimmungen, günstigere

5) Wir machen weiter! Kommunale Arbeitgeber verweigern Aufwertung der sozialen Berufe, Tarif-Info, Hrsg. ver.di-Berlin

Der Verlauf des Arbeitskampfes

Am Warnstreik am 6. Mai nahmen bundesweit rund 20.000 KollegInnen teil. In der vom 7. Mai bis zum 13. Mai durchgeführten Urabstimmung erklärten sich knapp 89,9 Prozent der ver.di-Mitglieder und knapp 93 Prozent der GEW-Mitglieder bereit, für die Durchsetzung des »*Tarifvertrages zur betrieblichen Gesundheitsförderung im Sozial- und Erziehungsdienst*« zu streiken.

Der Streik begann am 15. Mai in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bremen, Schleswig-Holstein, im Saarland und Baden-Württemberg. In der darauf folgenden Woche wurden der Streik auf Bayern und Niedersachsen ausgeweitet. Später wurde Brandenburg und Ende Mai Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Streik einbezogen. Das Schwergewicht der Streiks lag bei den ErzieherInnen, die in den ca. 17.000 kommunalen Kindergärten arbeiten. Zunächst war geplant, dass in der ersten Woche an einem Tag, in der zweiten Woche an 2 Tagen, in der dritten Woche an 3 Tagen, in der vierten Woche an 4 Tagen und in der fünften Woche an 5 Tagen gestreikt werden sollte. Mit dieser Planung war der Zeitraum vom 15. Mai bis 12. Juni abgedeckt. Anfang Juni wurde von der Planung abgewichen, und die Zahl der Streiktage reduziert. Durch diese neue Streiktaktik sollte erreicht werden, dass an allen Tagen gestreikt würde – jedoch in einzelnen Bundesländern an unterschiedlichen Wochentagen.

Während der Streiks kam es allein in NRW zu drei Großdemonstrationen mit anschließenden Kundgebungen. An der ersten Demo am 26. Mai in Wuppertal nahmen gut 10.000 KollegInnen teil. Insgesamt streikten 25.000 KollegInnen bundesweit. An der zweiten Demo am 16. Juni in Köln, zu der bundesweit aufgerufen wurde, beteiligten sich rund 30.000 KollegInnen. Nach Ableh-

nung des Angebots von der 2. Streikdelegiertentagung in Berlin und ver.di's Erklärung, dass die Verhandlungen gescheitert wären, streikten am 22.06.09 rund 18.000 (andere Angaben zufolge 25.000) Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Rund 8.000 kamen zu einer zentralen Kundgebung in Mannheim und rund 10.000 zu einer zentralen Kundgebung in Duisburg.

Tags darauf streikten in sieben Bundesländern nochmals 20.000, u.a. in NRW 8.800, in Baden-Württemberg (in Stuttgart, Mannheim und Ulm sowie in zahlreichen kleineren Städten) 3.000 Kolleginnen, in Bayern 3.700 (München und Nürnberg) und in Schleswig-Holstein 600 Mitarbeiter. Der Landesbezirk NRW setzte am 23. Juni die Streiks nach 20 Streiktage angesichts der bevorstehenden Sommerferien aus. Geplant war, dass die Streiks nach Beendigung der Sommerferien wieder hochgefahren werden sollten.

Die ver.di-Landesleiterin Gabriele Schmidt kündigte an, dass der Juli für Aktionen und Diskussionen genutzt werden sollte und drohte mit einem Marathon-Streik »*von 100 Wochen und mehr*«. Im August wollte ver.di sich in den Kommunalwahlkampf NRW einschalten und die Politik in die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen nehmen. Die neue Streiktaktik war jedoch noch nicht bestimmt worden. Klar war allerdings, dass dann nachgelegt werden müsste. Von einem Erzwingungsstreik war keine Rede, wohl aber vom »100-Wochen-Streik«. Während der 7. Verhandlungsrunde waren nur noch Brandenburg und Hamburg bedingt und Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Bayern im Streik. Während der achten Verhandlungsrunde wurde nur noch in Baden-Württemberg und Bayern gestreikt. ■

betriebliche Regelungen und die Rechte des Personal- bzw. Betriebsrats« unberührt bleiben.«

Entgelt und Eingruppierung der Beschäftigten

Von den Forderungen ist das Ergebnis weit entfernt. Vorbehaltlich der noch laufenden Redaktionsverhandlungen konnte erreicht werden, dass die Kluft zwischen den Alt- und Neubeschäftigten verringert wurde. Für fast alle erfolgt eine Entlohnung oberhalb der Ebene der gültigen Entgelttabelle des TVöD. Die Erhöhungen fielen in den einzelnen Berufsgruppen unterschiedlich aus. Die liegt darin, dass die Stufenlaufzeiten in zwei Altersgruppen um jeweils ein Jahr verlängert wurden. Die Anwartschaftsverluste wurden nur teilweise ausgeglichen. ver.di erhoffte sich in der Entgeltfrage einen Durchbruch, der ihr in den Verhandlungen um die neue Entgeltordnung (EGO) für alle Beschäftigten bei den Kommunen nützlich wäre. Dies gelang jedoch nicht.

Besonderheiten des Streikablaufs:

Die Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidungen...

Seit der Tarifrunde 2008 werden die Mitglieder nicht nur bei der Aufstellung der Forderungen in Diskussionen und Fragebogen-Aktionen einbezogen. Neu in der Tarifrunde 2008 war, dass sie im Rahmen einer Mitgliederbefragung darüber abstimmen konnten, ob sie das Verhandlungsergebnis annehmen.

Die Forderungen zur Eingruppierung wurden von vorwiegend 200 bis 250 ehrenamtlichen Funktionären auf den beiden Konferenzen, zu denen ver.di bundesweit eingeladen hatte, in Kassel (2007 und 2008) und den Versamm-

lungen auf Bezirksebene mit Unterstützung des hauptamtlichen Tarifsekretärs entwickelt und auf zentraler Ebene strukturiert. Die Vorentscheidungen der zentralen Ebene wurden auf ehrenamtlicher Funktionärebene vorgestellt und erneut diskutiert.

... und die (gemeinsame) Suche nach Arbeitskampffähigkeit...

Bei den Vorbereitungen war bis Ende September 2008 noch kaum einem Mitglied klar, dass die alte Vergütungsordnung nicht gekündigt worden war und ver.di somit noch an die Friedenspflicht gebunden war. In den Diskussionen auf Mitgliederebene und Versammlungen ehrenamtlicher Funktionäre wurde dies von Hauptamtlichen eingebracht und führte zur Verwirrung. Es wurde bei den Beschäftigten überdeutlich, die miserablen Arbeitsbedingungen verändern zu wollen. Aus dieser Gemengelage entstand die Forderung nach dem betrieblichen Gesundheitsschutz.

Parallel dazu lief die Diskussion in der Bundesberatungsgruppe Sozial- und Erziehungsdienst, die die Vorstellungen zu dem »*Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung*« in Reinfassung brachte. Der geforderte Tarifvertrag wurde vor der zweiten Verhandlungsrunde vorwiegend den ehrenamtlichen Funktionären (VL und PR) vorgestellt und schließlich bis zur Urabstimmung im Mai von den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in die Mitgliedschaft hineingetragen. Die zu Beginn der Verhandlungen im Vordergrund stehende Forderung nach höherer Eingruppierung wurde von der Forderung nach dem Tarifvertrag für den betrieblichen Gesundheitsschutz auf die zweite Stelle gesetzt. Man wollte damit den Eindruck vermeiden, dass

man durch die Hintertür doch den Entgelttarifvertrag erstreiken wollte. Durch die Verhandlungen um den Gesundheitsschutz wollte man die Arbeitgeber unter Druck setzen, auch bei der Entgeltfrage Zugeständnisse zu machen.

Bereits bei der zweiten Verhandlungsrunde brachten ca. 5000 KollegInnen ihren Unmut über die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber durch einen Warnstreik zum Ausdruck.

Auf der 3. Kasseler Konferenz am 3./4.04.09 (nach der zweiten Verhandlungsrunde) unter Beteiligung von Frank Bsirske, Achim Meerkamp und Michael Wiese wurde die weitere Vorgehensweise diskutiert. An dieser Konferenz nahmen mehr als 220 KollegInnen aus dem Bundesgebiet teil. Allen war klar, dass die Forderungen nur in einem bundesweiten Arbeitskampf durchsetzbar sind, der Arbeitskampf vorbereitet und zeitnah geführt werden muss.

Die Zeit schien günstig, weil in der öffentlichen Diskussion alle von der frühkindlichen Erziehung, der Bildung und sozialen Versorgung durch die Jugendämter sprachen. Zeitdruck verspürten die Konferenzteilnehmer durch das Heranrücken der Sommerferien und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den Gemeindekassen. Anhand der einzelnen Beiträge wurde deutlich, dass einzelne Landesbezirke und Großstädte schon streikbereit waren – andere aber noch einen Warnstreik benötigten, um die KollegInnen zu mobilisieren.

Nach der 3. Verhandlungsrunde erklärte ver.di am 30. April die Verhandlungen über den »*Tarifvertrag für betrieblichen Gesundheitsschutz*« für gescheitert und rief zu bundesweiten Warnstreiks am 6. Mai auf.

Ausgelotet wurde in ver.di-Gremien, die gesamte Vergütungsordnung BAT/BAT-O zu kündigen, um in der Entgeltfrage nicht mehr an die Friedenspflicht gebunden zu sein. Die Vergütungsordnung, Anlage 1a, gilt jedoch für alle Beschäftigten (damals Angestellte) bei den Kommunen. In der Diskussion stellte sich heraus, dass diese Vorgehensweise nicht mehrheitsfähig war, weil man eben nicht alle Beschäftigten für diese Arbeitskampfmaßnahmen mobilisieren konnte und wollte.

Was veranlasste die ver.di-Führung, die Verhandlungen während der Sommerferien fortzuführen?

Nach der Darstellung von Frank Bsirske und Michael Wiese forderten die Arbeitgeber ver.di und GEW auf, in den Ferien weiterzuverhandeln. Eigentlich wollte ver.di dem nicht nachkommen, da nach den Ferien im Vorfeld der Kommunalwahlen in NRW und der Bundestagswahlen Druck gemacht werden sollte, um die Forderungen durchzusetzen. Das Klima hatte sich mittlerweile jedoch verändert. Ursula von der Leyen, die in Köln die Forderungen der Beschäftigten unterstützte, stellte in der TAZ am 3. Juli fest, dass das Anliegen der Beschäftigten berechtigt sei und die Arbeitgeber finanzielle Spielräume hätten. »*Aber auch die Arbeitnehmerseite muss sich die Frage gefallen lassen, warum sie die seit vier Jahren blockierten Aufstiegschancen für ErzieherInnen nicht schon in den fetten Jahren zum Thema gemacht hat... Wenn jetzt versucht wird, über die Not der Eltern Druck aufzubauen, wird es am Ende nur Verlierer geben: unglaubliche Tarifpartner, vor allem aber engagierte junge Eltern, denen im Job wieder das Stigma anhaftet, der Kinder wegen nicht voll einsetzbar zu sein. Also, zurück an den Verhandlungstisch.*« Frank Bsirske begründete den Schritt am 27. Juli in Frankfurt/Main vor rund 300 Streikdelegierten damit, dass sich im Arbeitgeberlager die Stimmen der »*Hardliner*«, die zu keinerlei Zugeständnissen bereit seien, mehrten. Genährt wurden deren Positionen durch die krisenbedingten Einnahmeverluste der Gemeinden. In dem Verhandlungsführer Dr. Böhle sah ver.di Kom-

promissbereitschaft. Bei ver.di bestand die Befürchtung, dass Dr. Böhle auf der Mitgliederversammlung der VKA im November 09 gegen einen Hardliner ausgetauscht werden und die Tarifauseinandersetzung in die VKA-interne Auseinandersetzung geraten würde.

Die Arbeitgeber

Während des Streiks wurde verschiedenen Orts festgestellt, dass die Kämmerer die Löhne der Streikenden einsparen. Die Tatsache der eingesparten Löhne wurde eingebracht, um die Moral der Streikenden zu untergraben. Gelungen ist dies letztendlich nicht. Die gängige Reaktion war die, dass die Arbeitgeber das eingesparte Geld in die Kindergärten stecken könnten.

Bei jedem Streik ist es so, dass die Arbeitgeber – ob Kapitalisten oder Staat – die Löhne der Streikenden einsparen. Der Streik gegen den Staat führt dazu, dass die bestreikten Sektionen die Dienstleistungen nicht erbringen und die verantwortlichen Staatseinrichtungen den Leistungsempfängern gegenüber in Zugzwang geraten.

Die Eltern ...

Ein weiterer Grund für die Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde darin gesehen, dass es schwierig geworden wäre, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass ver.di der Aufforderung zu verhandeln nicht nachgekommen sei. Zudem bröckelte die Unterstützung durch die Eltern, und die Gefahr bestand, dass die Stimmung der Eltern sich nach den Sommerferien gegen die streikenden ErzieherInnen wenden würde. Anzeichen hierfür gab es u.a. in München, Dortmund und Mühlheim, wo Eltern gegen den Streik demonstrierten. Dies war eine zunehmende Schwächung im Arbeitskampfverlauf.

Fraglich ist auch, ob Unterstützer, die in der Regel auch abhängig Beschäftigte und auf die Versorgung der Kinder während ihrer Arbeitszeit angewiesen sind, noch länger bei der Stange geblieben wären. Viele Eltern organisierten die Versorgung ihrer Kinder selbst, entweder auf privater Ebene oder auch in den Kindergärten. Die von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Notgruppen wurden nicht so stark genutzt, wie die Arbeitgeber sich dies vorstellten.

Eltern, die sich wegen Ausfalles der Betreuung und Versorgung ihrer Kinder an die Bürgermeister gewandt hatten und diese Interesse einer optimalen Erziehung ihrer Kinder aufgefordert hatten, den Forderungen der Streikenden sofort nachzukommen, hatten sehr wohl begriffen, dass nicht die Beschäftigten, sondern die Arbeitgeber für die schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich sind.

...die eigenen Schwächen ...

Eine der Schwächen bestand in der mangelnden Streikbeteiligung der gewerkschaftlich organisierten SA/SP, die vorwiegend in Jugendämtern einschließlich der Freizeiteinrichtungen beschäftigt sind. Zu dieser Problematik ließen sich Streikdelegierte auf einer Tagung in NRW und den bundesweiten Streikdelegiertentagungen in Fulda (im Mai) und Berlin (im Juni) aus. Es wurde versucht, die KollegInnen in den Streik einzubeziehen. Es gelang nur, einen kleineren Teil der KollegInnen dauerhaft für die Streikaktionen zu mobilisieren. Die fehlgeschlagenen Mobilisierungsversuche führten teilweise zu bitterer Enttäuschung bei den Streikenden, und die Nichtstreikenden fühlten sich in die Ecke gedrängt. Hin und wieder wurde dies als Riss in der Kollegenschaft empfunden.

Welche Gründe bringen die »Streikbrecher« vor?

Teilweise sind die »Streikbrecher« davon überzeugt, dass sie aus Verantwortung ihrer Klientel gegenüber nicht strei-



Demonstrationen in Köln...



.... und Wuppertal

ken können. Diese eingebildete Verantwortung wird auch von den Streikenden geteilt. Sie wollen anerkannt wissen, dass die sozialen Berufe von gesamtgesellschaftlicher Wichtigkeit sind, da sie »nachhaltig die Entwicklung zu einer funktionierenden, demokratischen und solidarischen Gesellschaft unterstützen.« Das Ganze gipfelt dann darin, dass angenommen wird, dass »Investitionen in Soziale Arbeit ... langfristig eine volkswirtschaftliche Rendite bringen.« Dieser Feststellung im Jargon des »Zeitgeistes« widersprachen nur wenige auf der letzten Kasseler Konferenz im April 09. Andere Begründungen, am Streik nicht teilnehmen zu können, lauteten, dass eh keiner merkt, wenn sie streiken, dass die Arbeit liegen bleibt und nach dem Streik ohnehin abgearbeitet werden müsse.

Fraglich ist, ob KollegInnen mit dieser Haltung überhaupt begriffen haben, dass sie Lohnabhängige sind, die, wie alle anderen Beschäftigten, die Dienstleistungen im Auftrag ihres Arbeitgebers erbringen. Das sind bei den Kommunen die Bürgermeister. Diese sind gegenüber den Empfängern der Dienstleistungen dafür verantwortlich, dass die Leistungen erbracht werden. Begriffen haben die »Streikbrecher« auch nicht, dass sie ihre Interessen nur gemeinsam in einem Arbeitskampf durchsetzen können. Ihre Aufgabe wäre es, die KollegInnen, deren Arbeitskampf Wirkung zeigt, zu unterstützen, damit den gemeinsamen Forderungen auf breiter Basis Nachdruck verschafft wird.

... und die ErzieherInnen...

Sie waren dazu in der Lage ihre beruflichen Ethos hinten an zustellen. Sie waren der Motor des Streiks. Die Streikunterbrechung kam jedoch einem Teil der ErzieherInnen, die dies auf der Streikdelegiertentagung in NRW am 23. Juni dokumentierten, entgegen, da sie die Kinder in die Sommerferien verabschieden wollten. Den Bemerkungen einiger Delegierter war zu entnehmen, dass sie mit den Kräften ziemlich am Ende waren, da sie dem Druck der Eltern und ihrer Verantwortlichkeit den Kindern gegenüber nicht mehr lange gewachsen seien. Der Hinweis der Landesbezirksvorsitzenden Gabriele Schmidt, dass »wir dann nicht streikfähig sind und aufhören können«, führte dazu, dass keine weiteren Bedenken vorgebracht wurden. Die ErzieherInnen brachten ein, dass mit Rücksicht auf die Eingewöhnung der nach den Sommerferien neu aufgenommenen

Kinder nur tageweise gestreikt werden kann – am besten Freitag und Montag. Es könnte aber auch nur der Freitag sein. Erst wenn in allen Bundesländern die Sommerferien⁶⁾ beendet sind, sollte bundesweit wieder »in die Vollen« gegangen werden.

Das Ende des Arbeitskampfes

Auf der 3. Streikdelegiertenversammlung am 27. Juli wurde das Angebot der Arbeitgeber den etwa 300 Delegierten anhand der Gesamttabelle und beispielhaft für einzelne Berufsgruppen vorgestellt. Die Stimmung war recht bedrückt. Frank Bsirske leitete die Veranstaltung ein und betonte mehrmals, dass mehr in Verhandlungen nicht rauszuholen war und bei Ablehnung die Streiks ausgeweitet werden müssten. Er betonte auch, dass er sich mehr gewünscht hätte und das Ergebnis weit hinter den Forderungen zurückliege, es aber gelungen sei, für alle kleine Zuwächse zu erreichen und die Kluft zwischen den Neu-Eingestellten und Altbeschäftigten geringer geworden sei. Das Angebot wertete er als Einstieg in die bessere Bezahlung der Beschäftigten. Er machte klar, dass die Auseinandersetzung um bessere Eingruppierung damit nicht beendet sei und fortgeführt werde.

In der Diskussion wurden die Ergebnisse für die einzelnen Berufsgruppen teilweise heftig kritisiert. Viele Delegierte brachten aber auch zum Ausdruck, dass sie sich bei Gesamtbetrachtung dem Angebot mit Bauchschmerzen anschließen können. Positiv gewürdigt wurde der Abschluss des Tarifvertrags über den betrieblichen Gesundheitsschutz. Ein mit Beifall bedachter Kollege brachte zum Ausdruck, dass er sehr oft von ver.di enttäuscht war, sich in dieser Auseinandersetzung aber von ver.di massiv unterstützt fühlte. Klar war den Delegierten auch, dass bei Ablehnung des Angebotes dieses hinfällig sei und der Streik wieder aufgenommen werden müsse. Zu Beantworten war von den Delegierten vor allem, ob sie davon ausgehen könnten, dass der Streik vor Ort ausgeweitet werden könne. Nach Diskussion in den einzelnen Landesbezirken trugen die Sprecher der Landesbezirke die Entscheidungen vor. Lediglich ein Landesbezirk und ein oder zwei Großstädte trauten sich zu, den Streik ausweiten zu können. Alle anderen mussten das Ergebnis trotz bestehender Kritik hinnehmen, da sie nicht davon ausgehen konnten, vor Ort mehr KollegInnen in den Arbeitskampf integrieren zu können. Das Votum des kampfstärksten Landesbezirks NRW, der mehrheitlich dafür stimmte das Angebot den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen, wurde mit merkbarem Beifall bedacht.

Frank Bsirske zeigte sich in seinem Schlusswort zu Tränen gerührt über die solidarische Kritik am Verhandlungsergebnis. Zum Schluss seiner Rede erhoben sich die KollegInnen und zollten ihm anhaltenden Beifall.

6) Die Sommerferien begannen und endeten in den Bundesländern zu unterschiedlichen Zeiten. Die Ferien erstreckten sich somit über einen Zeitraum vom 25. Juni bis zum 14. September. Eine Streikaufnahme nach den Ferien hätte bedeutet, dass die Bundesländer hintereinander in den Streik getreten wären und erst Mitte September, vermutlich erst Anfang Oktober ein bundesweiter Streik möglich gewesen wäre, da davon auszugehen ist, dass alle ErzieherInnen ihre Neuaufnahmen einführen wollten

Die Bewertung des Ergebnisses durch die Mitglieder

Das Angebot der Arbeitgeber wurde anschließend in den Landesbezirken und Bezirken heftig diskutiert. Viele KollegInnen waren enttäuscht, hatten sie doch wochenlang gestreikt und sich wesentlich mehr erhofft. Bei anderen war Erleichterung bemerkbar, dass die harte Auseinandersetzung beendet ist. Positive Hinnahme des Ergebnisses kam vorwiegend aus dem Bereich der ErzieherInnen, die die größeren Zuwächse zu verzeichnen hatten. Die Kritik kam eher aus der Berufsgruppe der SA/SP, deren Zuwächse teilweise geringer ausfielen. Bei der nachträglichen Bewertung des Streiks spielten die hervorgetretenen Schwächen kaum noch eine Rolle.

In der Urabstimmung stimmten 55 Prozent der ver.di - Mitglieder und 84 Prozent der GEW-Mitglieder dem Angebot der Arbeitgeber zu. Dieses Ergebnis spiegelt letztlich die individuelle Wertung des unterschiedlichen Zuwachses, gemessen an der gestellten Forderung und dem Ergebnis wider.

Wie soll es weitergehen?

Wesentlich ist nun, dass der **Tarifvertrag Gesundheitschutz** vor Ort mit Leben gefüllt wird.

In den Diskussionen wurde von der Gewerkschaftsführung darauf hingewiesen, dass die nächste zentrale Auseinandersetzung die Tarifrunde 2010 sein werde. Es wird sich zeigen, ob die KollegInnen in großer Anzahl resigniert haben oder dann dabei sind, um gemeinsam den Kampf für Erhalt der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen zu führen.

Resümee

Der Streik beschränkte sich auf ein Berufsfeld. Für viele KollegInnen war dies der erste bundesweite Streik, den sie über mehrere Wochen führten. Am Streik waren maximal 30.000 bis 35.000 KollegInnen bundesweit beteiligt. Beschäftigt in diesem Berufsfeld sind jedoch rund 220.000. Die Beteiligung der Hauptberufsgruppen ErzieherInnen und SA/SP war höchst unterschiedlich. Die ErzieherInnen folgten den Streikaufrufen. Sie zeigten, dass sie streikfähig sind. Neue Mitglieder konnten gerade aus ihrem Bereich hinzugewonnen werden. Ihr Streik zeigte insofern Wirkung, dass ihre Arbeitsbedingungen und ihr Einkommen in der Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert wurden. Insgesamt musste jedoch nur ein kleiner Teil der kommunalen Kindergärten streikbedingt geschlossen werden. Der Streik hat die ErzieherInnen näher zusammengebracht, da sie erfahren hatten, dass sie gemeinsam etwas bewegen können.

In dem Berufsfeld SA/SP sieht dies anders aus. Hier folgten nicht alle Organisierten dem Aufruf der Gewerkschaft. Hier wurden nur Teilbereiche in einzelnen Jugendämtern lahm gelegt. Insgesamt erwies sich dieser Bereich als nicht streikfähig. Der Streik spielt hier allenfalls für die, die daran beteiligt waren, noch eine Rolle.

ver.di unterstützte die Streikenden recht massiv. Dies war nicht nur in den Forderungen des Berufsfeldes SED begründet, sondern auch darin, dass ver.di sich erhoffte, in der Entgeltfrage einen Durchbruch für die Verhandlungen der EGO für alle Beschäftigten zu erreichen. Die Einbeziehung der nicht Streikenden SA/SP war jedoch mehr Aufgabe der vor Ort aktiven und streikenden KollegInnen. Ebenso ist nichts darüber bekannt, dass ver.di an Vertrauensleutekörper oder Betriebsräte anderer Betriebe herangetreten ist, um Unterstützung einzufordern. Unterstützung wurde von den Eltern und der Politik eingefordert.

Unter Berücksichtigung aller Fakten zeigte dieser Streik, dass ein Berufsfeld, allein auf sich gestellt, die öffentlichen Arbeitgeber nicht in die Knie zwingen kann. 26.10.09 ■

■ BEOBACHTUNGEN BEIM STREIK DER GEBÄUDEREINIGER

Aller Anfang ist schwer

Für 860.000 Gebäudereiniger ist nach Streikaktionen ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden. Nach drei Nullmonaten gibt es im Westen ab 1. Januar 2010 3,8 Prozent und ab 1. Januar 2011 1,8 Prozent mehr, im Osten beträgt die Erhöhung insgesamt ca. 6,3 Prozent. Mit dem Abschluss erhöht sich der unterste Tariflohn auf 8,55 Euro im Westen und auf 7,00 Euro im Osten.

Die Streikaktionen der IG BAU waren gestartet mit einer Forderung nach 8,7 Prozent mehr Lohn. Sie fanden unter erheblichen Schwierigkeiten statt. Nur jede(r) zwölfte Gebäudereiniger(in) war bei Streikbeginn gewerkschaftlich organisiert. Viele Frauen mit Migrationshintergrund sind in diesem Bereich beschäftigt. Obwohl die Erfahrung gemacht werden konnte, dass in der konkreten Anforderung viele Frauen mutiger werden, so wurde dennoch an vielen Stellen die Arbeit fortgesetzt, z.T. haben Reinigungsunternehmer Polizei zu Hilfe geholt. Bei Mercedes Benz in Bremen rief der Betriebsrat der Reinigungskräfte bei einer Proteststreikaktion die Polizei. Die Gewerkschafter des Betriebes waren von der IG BAU nicht informiert worden.

Besonders in Betrieben, wo es von Mitgliedern anderer Gewerkschaften Hilfe gab, waren die Streikaktionen erfolgreich. Die Anwesenheit von Gewerkschaftern des zu reinigenden Betriebes gab den Frauen Sicherheit, Rückhalt und moralische Unterstützung.

Die Mehrheit der streikenden Frauen erfuhr zum ersten Male, dass sie bei Streikbeginn ohne Einkommen dastehen. Für gestandene Gewerkschafter bestand die Möglichkeit, nicht nur Mitglieder aufzunehmen, sondern mit den Frauen auch über den Sinn einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu sprechen: Nicht die bezahlte Gewerkschaftskraft ist die Gewerkschaft; es kommt auf den gemeinsamen Einsatz der einzelnen Mitglieder an. Frauen lasen ihre Arbeitsverträge genau durch, informierten sich durch IG BAU-Infos sprachen mit ihren Männern über den Eintritt in die Gewerkschaft.

In Bremen zogen die Frauen bei Karstadt und im Verwaltungsgebäude von ArcelorMittal sofort ihre Streikweste über. Hier waren die Aktionen erfolgreich. Als die Frauen vom Projektleiter des externen Reinigungsunternehmens aufgefordert wurden, die während des Streik versäumte Arbeit nachzuholen, lehnten sie dieses Ansinnen mutig ab. In einem IKEA-Markt am Rande Bremens konnten die von der IG BAU organisierten Streikposten die Weiterarbeit der Reinigungskräfte nicht verhindern. **Dort hat der IG BAU-Sekretär inzwischen Hausverbot.**

Auch die IG BAU ist eine ganz normale Gewerkschaft: Die vor Ort aktiven Funktionäre der Gewerkschaft waren über die Abschlussverhandlungen, die der Vorstand schon während des Anlaufens des Streiks führte, nicht informiert.

Bremen, 2.11.09

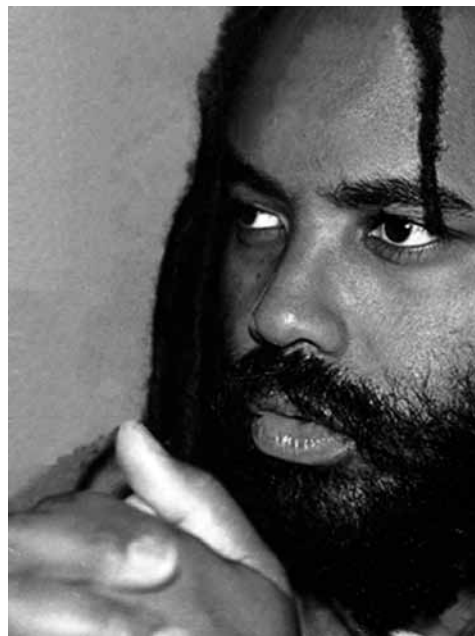
Exekution nach 27 Jahren Todestrakt?

»Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse.« Der Satz aus dem aus dem Kommunistischen Manifest hat sich in den 160 Jahren seit er von Marx und Engels veröffentlicht wurde, in der Justizgeschichte bürgerlicher Demokratien vielfach bestätigt, auch durch politisch gewollte, im Wissen um die Unschuld der Opfer herbeigeführte und vollstreckte Todesurteile – wie 1927 in den USA trotz weltweiter Proteste und Massenkundgebungen mit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Fast ausschließlich sind Angehörige der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung betroffen, besonders wenn sie als Mitglieder kommunistischer, sozialistischer oder anarchistischer Organisationen gelten, oder wie Mumia Abu-Jamal zum afroamerikanischen Widerstand in den USA gehören. Niemand kann sagen, ob es Tage, Wochen oder wenige Monate sein werden, bis durch den obersten Gerichtshof der USA, den U.S. Supreme Court, über sein Schicksal entschieden wird.

Recht statt Gerechtigkeit

Bestätigung des Todesurteils oder lebenslange Haft – juristisch geht es jetzt nur noch darum, nachdem alle Bemühungen seiner Anwälte, die Wiederaufnahme seines Verfahrens zu erreichen, gescheitert sind. Der Oberste Gerichtshof der USA kann, seiner Funktion entsprechend, nur darüber entscheiden, ob entweder der Verlauf eines Verfahrens oder aber ein Urteil, oder sowohl das eine wie das andere gegen die US-Verfassung verstoßen oder nicht. Zum einen also: das Verfahren 1982 gegen Mumia als verfassungswidrig einstufen und von einem zuständigen Gericht neu verhandeln lassen. Das hat der Supreme Court in seiner Entscheidung vom 6. April 2009 bereits getan: Der Antrag der Verteidigung auf ein neues und faires Verfahren, wie es seit Jahren auch von Menschenrechtsorganisationen und internationaler Solidaritätsbewegung gefordert wird, wurde ohne jegliche Begründung verworfen. Die Antwort an Mumias Anwalt Robert Bryan bestand aus zwei Worten: »Antrag abgelehnt«.

Zum anderen, und bei der jetzt anstehenden Entscheidung geht es nur noch darum: Bestätigung oder Aufhebung des Urteils vom 3. Juli 1982 wegen angeblicher erwiesener Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner; entweder, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, Bestätigung der Todesstrafe, oder Neuverhandlung – aber lediglich über das Strafmaß. Sollte der Supreme Court letzteres entscheiden, würde der Fall an das zuständige Gericht in Philadelphia zurückverwiesen, dessen 12-köpfige Jury, da die Wiederaufnahme des Verfahrens bereits höchstinstanzlich abgelehnt wurde, nur noch zwischen Bestätigung der Todesurteils und lebenslanger Haft zu entscheiden hätte. Sollte der Supreme Court dagegen das damalige Urteil bestätigen, könnte der Gouverneur von Pennsylvania, Ed Rendell, vormals Staatsanwalt, der gegen Mumia ermittelt hat, umgehend den Hinrichtungsbefehl unterzeichnen und Mumia



mit Hilfe der Giftspritze umbringen lassen. Mumia befindet sich also in höchster Gefahr. Darauf weist auch sein Anwalt Robert Bryan in jedem seiner letzten Rundschreiben hin. Er weiß aufgrund seiner Erfahrungen mit der US-amerikanischen Justiz und aufgrund seiner Einschätzung der derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den USA, dass die Frage, ob Mumia hingerichtet wird oder überlebt, zu seinem Nachteil entschieden werden kann. Entsprechend informiert er über den jeweiligen Stand des Verfahrens, nimmt nicht nur juristisch, sondern auch politisch Stellung, und bereist, soweit ihm das finanziell möglich ist oder ermöglicht wird, viele Länder, um auf Versammlungen oder Kundgebungen seiner Überzeugung von Mumias Unschuld Ausdruck zu geben, für seine Freilassung einzutreten und zur Aktivierung der internationalen Bewegung für die Abschaffung der Todesstrafe beizutragen.

Klassenjustiz

Seit dem 9. Dezember 1981 ist Mumia Abu-Jamal Haft, verurteilt wurde er am 3. Juli 1982. Vergeblich beanstanden bis heute seine Anwälte den Verlauf des Verfahrens. Die Jury, die im Schnellverfahren Mumia als Mörder des erschossenen Polizisten Daniel Faulkner ausmachte, entsprach in ihrer von der Staatsanwaltschaft manipulierten Zusammensetzung weder den gerichtlichen Vorgaben, noch berücksichtigte sie die zahlreichen Hinweise, die Mumia entlasten und auf einen anderen Täter hinweisen. Der vorsitzende Richter Sabo, der dem damals mittellosen Mumia das Geld für eine qualifizierte Verteidigung verweigerte, wurde bekannt durch seinen Ausspruch »Ich werde ihnen helfen, diesen Neger zu grillen« (Zeugenaussage des Gerichtsbeamten Terri Maurer-Carter: »Yeah, and I'm going to help them fry the nigger.«)

Seitdem ist Mumia im Todestrakt, Häftlingsnummer AM 8335. Seine Zelle im G-Block, einem besonders gesicherten Gefängnis innerhalb des Gefängnisses SCI Greene von Waynesburg, einer Provinzstadt südlich von Pittsburgh im US-Bundesstaat Pennsylvania: ein Betonkäfig von wenig mehr als 2 x 3 Metern, wie die von mehr als 3000 anderen Gefangenen in den Todestrakten der USA. Hinrichtungstermine und Aufschiebung der Exekution, 27 Jahre Isolation, unterbrochen nur von gelegentlichen Besuchen und den kurzen Zeiten täglichen Hofgangs in einem verdrahteten Käfig, den Mumia in seinen Berichten mit einem Hundezwinger vergleicht. Albert Camus, 1961: »Um das rechte Verhältnis herzustellen, müsste die Todes-

Zur Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal

Am 24. April 1954 wird Wesley Cook zusammen mit seinem Zwillingbruder Wayne als in Philadelphia geboren, in den »PJs«, Sozialsiedlungen, »wo die armen Kinder wohnen«. Nichts deutet darauf hin, dass aus Wesley Cook eines Tages Mumia werden wird.

»Kurz darauf bekamen sie einen kleinen Bruder, Billy. Sie hatten außerdem ältere Brüder und eine Schwester aus einer früheren Ehe von Ma'am Edith. Alle zusammen jauchzten und brüllten sie, quälten Fliegen und verloren Bälle. Sie prügeln sich um Zimmer und Spielzeug, zankten sich um Fahrräder und Rollschuhe und wuchsen sauber und wohlgezogen heran. Es war, was Edith nie gekannt hatte, aber aus der Sehnsucht in ihrem Herzen heraus für ihre Kinder schuf: Es war eine Familie.

Und die PJs waren eine einzige große Mutter, Mütter überall, bereit, einen Hintern zu versohlen oder ein paar Tränen zu trocknen. Die Töne, die Geräusche, die Gerüche waren südlisch, denn hier lebte ein Volk, das es – zweimal sogar, einmal aus Afrika, dann aus den Südstaaten – in die Fremde verschlagen hatte, das aber, und das war wie ein Wunder, immer noch wunderbar intakt war. Ein Ort, wo Kinder Kinder sein konnten.«

Auch als es während der Grundschul- und Highschoolzeit von Wesley, der gern und gut lernt und viel liest, in Philadelphia unruhiger wird, weil mit dem Schließen großer Werften viele Arbeitsplätze verloren gehen, mit schlimmen sozialen Folgen vor allem für die schwarze Bevölkerung, deren Protest von der Polizei niedergeknüppelt wird, hält sich der Junge zurück, »verpasste ein Ereignis, das ihm die ersten politisch motivierten Prügel in seiner Karriere als Aktivist eingetragen hätte.«

Ein Lehrer aus Kenia, bei dem er ein wenig Suaheli lernt, spricht die Schüler mit afrikanischen Namen an: aus Wesley wird Mumia. »Es gab noch weitere bemerkenswerte Lehrer an der Ben-Franklin-School. Mr. Hamilton hingte an den Wänden Bilder von Malcolm X auf, und Mr. Moss lehrte seine Schüler, dass die Afrikaner nicht einfach nur Opfer, sondern auch Baumeister waren, die lange vor der Sklaverei und bevor auch nur der Gedanke an Europa aufkam, ein kulturelles Erbe an Bildung und großen Reichen geschaffen hatten. Und diese engagierten schwarzen Lehrer akzeptierten den natürlichen Widerspruchsgeist ihrer Studenten, vertieften ihn und gaben ihm eine Richtung. Sie wussten, dass dort, wo es Geschichte gibt, immer auch Kraft ist.«

Mumia ist 14, als er zusammen mit drei Freunden auf einer Wahlkampfveranstaltung gegen den »Rassentrennung für immer« fordernden Präsidentschaftskandidaten Wallace demonstriert: »Den weißen Gegendemonstranten mit ihrem ‚Haut ab, Nigger!‘ antworten sie mit ‚Black Power!‘

‚Black Power!‘ – das war der Auslöser. Es waren nie einfach nur Schwarze, die den Hass weißer Rassisten auf sich zogen, sondern es war schwarze Macht. Plötzlich wurden die Jungen geboxt, getreten und geschlagen. Am Ende verfielen sie auf die alberne Idee, um Hilfe zu rufen: ‚Polizei! Hilfe! Polizei!‘

Und die Polizei kam: ‚Hier habt Ihr Eure Hilfe, Nigger!‘ Sie verprügelten die Jungen noch ein weiteres Mal, ganz methodisch, mit Schlagstöcken und Latten, gefolgt von routinierten Tritten mit schweren Stiefeln. Dann legten sie ihnen Handschellen an und nahmen sie fest – wegen ‚tätlichen Angriffs‘. Die Männer in Blau waren so gewissenhaft, so professionell, so engagiert bei der Arbeit, dass die vier Teenager auf dem Weg ins Gefängnis zuerst ins Krankenhaus gebracht werden mussten.

Mumia hatte keine Ahnung, wie schlimm er aussah. Auf alle Fälle war er enorm erleichtert, als er ein vertrautes Gesicht, das nach ihm Ausschau hielt, den Flur der Notaufnahme herunter näherkommen sah. Ma'am!

Sie streifte ihn mit einem Blick, eilte aber kopfschüttelnd vorbei. ‚Das ist nicht mein Junge‘, sagte sie. Er war so schlimm verprügelt worden, dass nicht einmal seine Mutter ihn wiedererkannte.

Zwei Tage später bei der richterlichen Vernehmung hörte der Richter sich die Zeugenaussage des Polizisten an und verzog bedenklich die Miene. ‚Tätlicher Angriff? Das Gesicht dieses Jungen hat Ihre Faust angegriffen? Verfahren eingestellt!‘ Es war die erste Tracht Prügel, die Mumia von der Polizei bezog, und die letzte Begegnung mit einem wohlwollenden Richter.«

Mumia schließt sich der Black Panther Party an, wird mit 15, im Sommer 1969, Mitarbeiter an ihrer Zeitung, verantwortlich für Informationen aus Philadelphia. Auf seine Artikel werden schon bald die Führer der Partei aufmerksam – aber auch das FBI unter J. Edgar Hoover: »Vertraulich: Wir müssen der Negerjugend und den Gemäßigten klar machen, dass sie, falls sie auf revolutionäre Lehren hereinfallen sollten, tote Revolutionäre sein werden.«

In welchem Umfang der 15jährige bespitzelt wird, stellt sich später im Laufe der Prozesse wegen der Mordanklage gegen ihn heraus: »Mumias FBI-Akte füllte sich bald mit detaillierten Berichten über jede Rede, jedes Telefongespräch, jede Konfrontation mit den Gesetzeshütern, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgten.«

Das FBI greift zunehmend härter gegen die Panthers durch, viele werden festgenommen, darunter auch Bobby Seale. Als 1969 der Vorsitzende der Chicagoer Panthers, Fred Hampton, von der Polizei in seinem Bett ermordet wird, fliegt Mumia hin, um über den Mord zu berichten. Auf der Gedenkveranstaltung für Hampton in Philadelphia erklärt er, durch den Mord habe sich für ihn Mao Tse-tungs Feststellung bestätigt, »die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. 12 Jahre später sollte diese Formulierung in einer Anhörung vor Gericht, bei der der soeben schuldig gesprochene Mumia nicht nur als ‚Polizistenmörder‘, sondern – schlimmer noch – als unverbesserlicher Revolutionär präsentiert wurde, dazu benutzt werden, um seine Verurteilung zum Tod durchzusetzen.«

Aus dem Prozessprotokoll der Verhandlung gegen Mumia vom 3. Juli 1982: »Der Staatsanwalt: ‚Mr. Jamal, ich möchte Sie fragen, ob Sie sich daran erinnern im Januar 1970 gesagt zu haben, ich zitiere: ‚Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.‘ Erinnern Sie sich daran, Sir?‘ Der Angeklagte: ‚Das war ein Zitat aus dem Werk des Vorsitzenden Mao Tse-tung aus der Volksrepublik China. Es ist vollkommen klar, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt, denn andernfalls würde es Amerika heute nicht geben. Gerade Amerika hat schließlich den Indianern die politische Macht nicht mit Hilfe von Gott, nicht mit Hilfe des Christentums, nicht durch Güte weggenommen; sondern mittels der Macht, die aus Gewehrläufen kommt.‘«

Die »Stimme der Stimmlosen« wurde Mumia Abu-Jamal aufgrund seiner zahlreichen Radioreportagen vor seiner Verhaftung genannt, weil er, wo immer sich Gelegenheit dazu ergab, versuchte denen Gehör zu verschaffen, denen in unseren Gesellschaften die Mittel vorenthalten werden, sich zu äußern. Weder das Todesurteil noch 19 Jahre Todeszelle haben ihn zum Schweigen bringen können. ■

Terry Bisson, »on a move – Die Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal«, Atlantik Verlag, Bremen 2001

strafe gegen einen Verbrecher verhängt werden, der sein Opfer zunächst warnt, dass er es an einem bestimmten Tag auf schrecklichste Weise ermorden wird, und es von diesem Moment an viele Jahre lang in seiner Gewalt gefangen hält. Ein solches Ungeheuer wird man im privaten Bereich nicht finden.«

Mehrfach im Lauf der 27 Jahre stand die Hinrichtung Mumias unmittelbar bevor: zunächst unmittelbar nach seiner Verurteilung, dann 1995 und 1999. Berufungsanträge seiner Verteidigung und internationale Proteste konnten sie bislang verhindern.

Der Prozess gegen Mumia Abu-Jamal und das Todesurteil gegen ihn gelten als Beispiel für Rassismus und Klassenjustiz. Wir halten es für notwendig, zu differenzieren: bei der Klassenjustiz handelt es sich um eine gesellschaftliche Einrichtung – wie Militär, Polizei und Medien unabdingbar zur Machtsicherung der herrschenden Klasse; beim Rassismus um eine Ideologie, die der Durchsetzung ihrer Interessen oder Rechtfertigung ihrer Handlungen dienlich sein kann. In einem Grußwort vom 4. Januar 2008 an die Rosa-Luxemburg-Konferenz warnt Mumia Abu-Jamal, bezogen auf die Schwäche der Arbeiterbewegung in den USA, vor einem »Rassen-Bewusstsein, das das Klassenbewusstsein bis in die heutige Zeit überlagert«. Abgesehen von der Übertragbarkeit seiner Warnung auch auf deutsche Verhältnisse hat die Klärung dieser Frage zur Konsequenz: Mumia ist nicht nur Opfer der Rassenjustiz, dem als Afroamerikaner Unrecht geschieht – er wurde zum Tod verurteilt und alle Revisionsanträge seiner Verteidigung werden bis heute verworfen, weil er in den USA politisch Widerstand geleistet hat und leistet. Mumia wurde verfolgt, längst bevor er verurteilt wurde, weil er sich mit der Black-Panther-Bewegung gegen die Unterdrückung der Unterschichten, die in den USA zu großen Teilen aus »Farbigen« bestehen, gewehrt hat. Die internationale Solidaritätsbewegung tritt vor allem deshalb für Mumia ein, weil er sich politisch nicht unterwirft.

DER SPIEGEL auf Seiten der US-Justiz

Am 24.8.2009 veröffentlichte DER SPIEGEL unter dem Titel »Die Feuer der Hölle« einen fünfseitigen Artikel seiner Korrespondentin und Leiterin des Spiegel-Büros in Washington, Cordula Meyer. Abgesehen von falsch wiedergegebenen oder nicht genannten (weil Mumia möglicherweise entlastenden) Tatsachen sowie Aussparen wichtiger Zusammenhänge wird der Eindruck erweckt, Abu-Jamal und sein Anwalt hätten doch etwas zu verbergen und der Verurteilte befände sich zu Recht in der Todeszelle (Warum sich Mumia und seine Verteidigung dann seit Jahrzehnten um die Wahrheit in einem neuen Verfahren bemühen, bleibt ausgeblendet). Ihre Darstellung des Tatverlaufs entspricht der Version der Staatsanwaltschaft, die sie in Person von Bezirksstaatsanwalt Hugh Burns aus Philadelphia zitiert: »Ich kann mir keinen eindeutigeren Fall vorstellen.« Statt sorgfältiger Recherche wird auf rührselige Weise das nach Meinung der SPIEGEL-Autorin bislang von der Öffentlichkeit ignorierte Schicksal der Polizistenwitwe Maureen Faulkner präsentiert, die »will, dass Mumia stirbt«, weil sie, solange er lebt, weiterhin »Feuer der Hölle« erleiden müsse. Zitat aus Cordula Meyers Artikel: »Maureen fing an, sich zu wehren. Sie schrieb Briefe, sie organisierte einen Marsch von Polizisten zum Regierungssitz von Pennsylvania. Dort trafen sich Maureens Freunde und die Mumia-Unterstützer: ‚Lasst Mumia frei‘, riefen die einen, ‚tötet ihn jetzt‘, die anderen. Im Frühjahr 1995 veröffentlichte Mumia Abu-Jamal sein erstes Buch: ‚... aus der Todeszelle: Live from Death Row‘. Maureen mietete ein Flugzeug mit einem Banner, das

über dem Gebäude von Mumias Verlag kreiste. »Addison-Wesley unterstützt Polizistenmörder« stand auf dem Banner.« Unterschlagen wird schlicht, dass keineswegs Maureen Faulkner den Marsch zum Regierungssitz organisieren und schon gar nicht das Flugzeug mit dem Banner mieten konnte, wohl aber die über 300.000 Mitglieder starke, als rassistisch geltende Polizeiorganisation »Fraternal Order of Police« (FPO). »Mumia ist der Held. Und Danny Faulkner war nur ein weißer Polizist im rassistischen Amerika« – so lautet der Schlusssatz des Artikels, der bereits drei Tage nach seinem Erscheinen von den »Philadelphia Daily News« begrüßt wurde als »Wendepunkt für Maureen's Bemühungen, die Propagandamaschine von Abu-Jamal zu besiegen« (»a turning point in Maureen's effort to overcome the Abu-Jamal propaganda machine«).

Platziert ist der SPIEGEL-Artikel in der Rubrik Kultur, unter dem Stichwort »Mythen«. »Mythen«, denen alle anhängen, die sich engagieren – in diesem Fall für einen »Polizistenmörder«, dem sie glauben die angemessene Strafe – Hinrichtung durch die Giftspritze – ersparen zu müssen. Die SPIEGEL-Redaktion, die den denunzierenden Artikel abgesehen hat, nennt stellvertretend für die weltweite Bewegung, die sich für Mumia einsetzt, nur wenige Namen: »Ende März ehrte die Berliner Akademie der Künste den Totdeskandidaten mit einer großen Solidaritätsveranstaltung. Auf dem Podium saßen Robert Bryan, der ehemalige FDP-Innenminister Gerhart Baum und Günter Wallraff. Bryan sprach über Rassismus. Baum sagte, die Menschenwürde werde mit Füßen getreten. Wallraff sagte, dass es auch um Abu-Jamals Botschaft gehe, die eines ‚Humanisten‘ und ‚Pazifisten‘.« Worum es dem SPIEGEL über das (selbstverständlich unausgesprochene) Absegnen des Todesurteils hinaus offenbar geht ist die Disqualifizierung jeglicher kritischer Denkansätze und aller sozialen und politischen Anläufe, die der – durch den sogenannten Mainstream gesetzten – Normierung gesellschaftlichen Bewusstseins entgegenstehen.

DER SPIEGEL liegt damit Trend. Es bedarf keiner Gleichschaltung der bürgerlichen Medien, sie vollzieht sich als eigenständiger Prozess, der keiner Verordnung mehr bedarf. Die Preisgabe bürgerlicher Werte und der Verfall bürgerlicher Kultur sind bedingt durch den Niedergang des Bürgertums selbst. »Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als dass die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet?« (Manifest) Um seine gefährdete ökonomische Basis, begründet im privaten Eigentum an den Produktionsmitteln, zu sichern, bedarf es zunehmender Kontrolle und erhöhten Einsatzes an Machtmitteln. Die mit den bürgerlichen Revolutionen durchgesetzten und in den Verfassungen bürgerlicher Staaten verankerten Wertvorstellungen müssen im Interesse der Eigentumssicherung an den Produktionsmitteln Schritt für Schritt – dem Fortschreiten der Krise entsprechend – preisgegeben werden.

Solidarität

»1989 veröffentlichte »die Feder«, das damalige Mitglieder-magazin der IG Medien, 1989 den ersten Solidaritätsaufruf für Mumia Abu-Jamal« heißt es im Wochenendgespräch der »jungen Welt« vom 10.10.2009, und weiter: »Auf der Bundesdelegiertenversammlung der dju (Deutsche Journalisten Union) hatten die etwa 100 Delegierten den Aufruf geschlossen unterzeichnet. Danach ist er in vielen anderen Gewerkschaften des DGB unterstützt worden.« In dem Zusammenhang sei hinzuweisen »auf die heutige zunehmende Passivität vieler Kollegen – nicht nur in dieser Frage. Das Hemd, heißt es, ist uns näher als der Rock. Ein fragwürdiger, letztlich entsolidarisierender Satz, wenn damit gemeint ist: erst ich, dann du, oder: erst wir, dann ihr. Gerade angesichts

der zunehmenden Probleme seit Einführung der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010, durch Betriebsstillegungen, Etatkürzungen, Entlassungen.

Viele gewerkschaftlich Aktive in der Mumia-Solidarität haben sich inzwischen zurückgenommen zugunsten der Fragen, die sie unmittelbar betreffen. Als Organisation aktiv sind heute fast nur noch das Internationale Verteidigungskomitee (IVK), Rote Hilfe, Soligruppen und der P.E.N. Dabei kommt es gerade jetzt darauf an, über den eigenen Tellerrand hinauszusehen, uns auch übergreifender sozialer und politischer Fragen anzunehmen, auch international. Die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeitenden und Unterdrückten als einziger Ausweg. Auch für Mumia. Wenn sich die Gewerkschaften seiner wieder annähmen – das würde auch von den US-Botschaften wahrgenommen werden.« Oder, mit den Worten von Mumia Abu-Jamal: »Wenn du andere unterstützt, wirst auch du Unterstützung erfahren.«

Dringender Spendenaufruf der Verteidigung von Mumia Abu-Jamal

6. November 2009

»Im Namen der Gerechtigkeit bitten wir Sie um Ihre Unterstützung und eine großzügige Spende im Rahmen Ihrer Möglichkeiten.« **Angela Davis**, Sprecherin der US-Kampagne gegen die Todesstrafe.

»Die Verantwortlichen in den USA bemühen sich nun verstärkt, ihn in die Hände seiner Henker zu übergeben. Das Leben Mumia Abu-Jamals ist seit seiner Verhaftung 1981 noch nie so sehr in Gefahr gewesen wie jetzt. Ich kämpfe um sein Leben! In der Kampagne für sein Leben und seine Freiheit ist die öffentliche Unterstützung jetzt von entscheidender Bedeutung.« Rechtsanwalt **Robert Bryan**, 30.10.2009

Seit der Ablehnung der Wiederaufnahme des Prozesses durch den Obersten Gerichtshof der USA am 6. April 2009 wiederholt Mumia Abu-Jamals Hauptverteidiger die dringende Bitte, die Verteidigung jetzt nicht im Stich zu lassen. Die Kosten für Reisen zu Anwaltsbesuchen im Todestrakt, die Vorbereitung weiterer juristischer Anträge und die notwendige Beauftragung von Sachverständigen werden monatlich weiterhin Tausende US-Dollar verschlingen. Rechtsanwalt Bryan dankt allen, die bisher gespendet haben, es werden aber nun noch größere Anstrengungen notwendig sein.

Die AnwältInnen arbeiten seit Beginn ohne Honorar, können aber die anderen anfallenden Kosten nicht auch noch allein tragen. Das Team ist fachlich hochkarätig besetzt und setzt sich zusammen aus:

Robert R. Bryan aus San Francisco, Fachanwalt für die Todesstrafe, langjähriges Vorstandsmitglied der National Coalition to Abolish the Death Penalty und jetzt im Vorstand des Weltkongresses gegen die Todesstrafe;

Jill Culbert, Fachanwältin für die Todesstrafe in der Sozietät von Mr. Bryan;

Judith L. Ritter, Professorin für Rechtswissenschaften an der Widener University School of Law, Delaware Campus.

Die Notlage wenden!

In der Vergangenheit war die Phantasie der SpenderInnen groß: Einnahmen aus Soli-Konzerten, Soli-Discos oder Lesungen mit Mumia Abu-Jamals Büchern, »Spenden statt Geschenke« bei Familienfeiern, Flohmarktver-

»Die Stimme der Stimmlosen« –

so wurde Mumia bereits vor seiner Verhaftung genannt. 27 Jahre Todeszelle haben ihn nicht zu Verstummen bringen können: »It's a question of your mind. Du musst durchschauen, warum das so läuft, du musst politisch dafür arbeiten, dass sich das ändert.« Woche für Woche erscheinen seine Stellungnahmen. Wie vor Redaktionsschluss dieser Arbeiterpolitik-Ausgabe am 7.11.2009 in der »jungen Welt« mit dem einleitenden Satz: »Wenn an der Wallstreet die Champagnerkorken knallen, gab es in Harlem noch nie einen Grund zum Feiern.« Mumia schreibt ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, die seine Stellungnahmen für ihn selbst haben. Die jetzt unmittelbar anstehende Frage lautet: Tod oder Leben. Worum es, sollte die Hinrichtung ausgesetzt werden, weiterhin geht, ist ein Leben in Freiheit.

10.11.09 ■

käufe, Bücherbörsen, GewerkschafterInnen haben geschlossen ihr Delegiertengeld von Versammlungen und Zimmerleute ihren Lohn aus einem Bauprojekt gespendet etc.. Die Höhe spielt bei all dem keine Rolle, auch kleine Spenden wachsen zu großen Summen heran!

Jede Spende wird garantiert ohne Abzüge an das Verteidigungsteam weitergeleitet. Darüber besteht zwischen Rechtsanwalt Bryan und dem IVK Bremen eine rechtsverbindliche Vereinbarung, die von Mumia Abu-Jamal autorisiert ist.

Spendenkonto:

Archiv 92/Sonderkonto Jamal

S.E.B. Bank Bremen

Konto-Nr. 100 8738 701 · BLZ 290 101 11

Stichwort »Verteidigung«

(Überweisungen aus EU-Ländern:

IBAN DE78 2901 0111 1008 7387 01 - BIC: ESSEDE5F290)

Infos über den aktuellen Stand des Verfahrens:

IVK - Internationales Verteidigungs Komitee

PF 150 530 · 28095 Bremen

info@freedom-now.de

http://www.freedom-now.de

Briefe an Mumia Abu-Jamal:

Mumia Abu-Jamal

AM 8335, SCI Greene

175 Progress Drive

Waynesburg, PA 15370, USA

»Mumia 3 + 12«

dezentraler Aktionstag am 3. Tag nach Bekanntgabe eines Exekutionsbefehls um 12.00 Uhr (oder später)

Bundesweite Demonstration zur US-Botschaft:

am letzten Samstag vor geplanter Hinrichtung!

14.00 Uhr Oranienplatz Berlin

Achtet auf Ankündigungen! Verbreitet Ankündigungen weiter!

Yes we can –

Free Mumia – Abolish the Death Penalty!

Diskussionen um die spontanen Streiks im Industrieanlagenbau



Arbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigung haben in Großbritannien eine Bewegung bei den lohnabhängig Beschäftigten entfacht, die es seit der Regierungszeit von Margaret Thatcher nicht mehr gegeben hat. Die konservative Regierung hatte den britischen Gewerkschaften gesetzliche Fesseln angelegt, die von der nachfolgenden Labourregierung beibehalten worden sind. Die Industrieanlagenbauer (auf den Großbauplätzen, den construction sites, z.B. für Ö Raffinerien, Bohrplattformen usw.) haben es geschafft, diese Gesetze zu umgehen: Unter Ausnutzung der gewerkschaftlichen Basisverbindungen, konnten sie mit eigenständigen, »wilden« Streiks und Protestaktionen erfolgreich für Arbeitsplätze kämpfen.

Nach den britischen gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen sind Solidaritätsstreiks verboten. Doch angesichts der großen Sympathie und aktiven Solidarität in der arbeitenden Bevölkerung wagte es keines der betroffenen Unternehmen, gegen die Gewerkschaften, deren Mitglieder streikten, Klage zu erheben. (Neben der deutschen RWE lässt auch E.ON in Großbritannien Energieanlagen bauen.)

Vor dem Hintergrund, dass monatlich Tausende Arbeitsplätze in Großbritannien abgebaut werden, sahen die gewerkschaftlich gut organisierten Facharbeiter ihre Aussichten auf einen Arbeitsplatz schwinden.

Die britischen Medien vermittelten den Eindruck, dass sich die Streikenden in erster Linie gegen ausländische Beschäftigte wandten. In den Fernsehnachrichten der BBC wurden dazu Aussagen von Streikenden manipuliert. Die Medien dienten sich den Herrschenden an, indem sie Arbeiter als fremdenfeindlich hinstellten, nur weil sie um ihre Arbeitsplätze und um ihre errungenen Standards kämpfen. Die Tendenz war zwar mit Transparenten und dem Union Jack äußerlich wahrnehmbar. Doch die Masse der Streikenden machte nicht die ausländischen Arbeiter zum Sündenbock, sondern zog Regierung und Unternehmen zur Verantwortung.

Die Parole »British jobs für British workers« – ursprünglich von Premierminister Gordon Brown lanciert – war anfänglich von Arbeitern aufgegriffen worden. Nach einer Neuwahl der shop stewards (Vertrauensleute) bei der Lindsey Ö Raffinerie wurden solche Parolen Einzelercheinungen. Natürlich sind nicht alle britischen Arbeiter gegen nationalistische Argumente immun. Doch Gordon Browns Aussage wurde auch benutzt um ihn bloßzustellen, um zu zeigen, dass seine neoliberale Politik im Widerspruch zu seiner Aussage steht. Als die British National Party (ent-

spricht in etwa der NPD in Deutschland) versuchte, sich mit entsprechenden Parolen in den Streik einzumischen, blitzte sie bei den Streikenden ab (siehe auch den Bericht in Arpo 1/2009 S. 20-22). Von den vielen polnischen und südamerikanischen Arbeitern, die in Großbritannien arbeiten, sind eine beträchtliche Zahl gewerkschaftlich organisiert und haben sich an Streiks und Sympathiestreiks beteiligt.

Nunmehr gehören mehrere der neuen shop stewards bei der Lindsey Ö Raffinerie zur »Socialist Party« (SP). Die SP kommt aus der Tradition der »Militant«, die sich gespalten hat in den Teil, der in der Labour Party blieb (mit »Socialist Appeal«), und in den Teil, der nun die SP bildete. Am 29. Juni wurde der Streik beendet. Offiziell eingeschaltet hatten sich die Gewerkschaften, als 647 Streikenden gekündigt wurde. Am Ende stand ein Sieg der Streikenden: In Lindsey stehen künftig Arbeitsplätze auch ansässigen Arbeitern zur Verfügung, ohne dass ausländische Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Alle entlassenen Arbeiter wurden wieder eingestellt, einschließlich der ca. 50 Aktiven, die schon nach dem ersten Streik bei Lindsey entlassen worden waren. Die **Solidarität der Bauarbeiter in ganz Großbritannien** hatte wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen.

Der Streik an der Lindsey Ö Raffinerie ist zwar zu Ende, doch die Probleme im Industrieanlagenbau sind insgesamt nicht gelöst. **Kern des Konflikts ist schließlich die Entsenderichtlinie der EU**, bei deren Verabschiedung die Regierung in London für Kontraktarbeiter aus der EU lediglich einen Mindestlohn und arbeitsrechtliche Minimalstandards festgelegt hatte.

Nicht in der breiten Mitgliedschaft, wohl aber unter gewerkschaftlichen Aktivisten und in der Führung von Unite ist es nach dem Streik der Energieanlagenbauer bei der Lindsey-Ö Raffinerie zu einer Diskussion über »wilde Streiks« gekommen. Nach Einschätzung von Bob Crowe, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft RMT (Eisenbahner und Seeleute), der zum linken aktivistischen Flügel der Gewerkschaftsbewegung gehört, **liegt die Bedeutung dieses Streiks darin, dass er gezeigt hat, dass die antigewerkschaftliche Gesetzgebung aus der Zeit der früheren konservativen Regierung umgangen werden kann.**

Was wir derzeit in Großbritannien sehen, ist ein noch unkoordinierter Aufbruch in einigen Branchen. Die Unruhe bei den **Postbeschäftigten** hat sich jetzt zu einem offenen Konflikt entwickelt. Die dänische Firma für **Windkraftanlagen Vestas** droht, ihren Betrieb auf der Isle of Wight nach Asien zu verlagern. In Dänemark selber können die

Unternehmer nicht so grob mit den Beschäftigten umgehen wie hier, weil der Organisationsgrad dort bei den Industriearbeitern weiterhin hoch ist (75 Prozent oder mehr). Die gewerkschaftlich kaum organisierten Arbeiter auf der Isle of Wight haben den Betrieb besetzt und sind unvermutet in eine harte Auseinandersetzung mit der Betriebsleitung geraten. Wie bei **Ford Visteon Car** ist das ein verzweifelter isolierter Kampf einer Belegschaft um ihre Arbeitsplätze.

Bei den Eisenbahnen hat sich gezeigt, dass die Privatisierung u.a. zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt hat – gleichzeitig erleben die Lohnabhängigen, dass vor und während der Wirtschafts- und Finanzkrise viele Parlamentsabgeordnete – einschließlich mehrerer der Labour Party – sich durch falsche Abrechnungen usw. persönlich bereichert haben. Das steht in Übereinstimmung mit den liberalen Ideologien, die zur Finanzkrise beigetragen haben: jeder betrügt jeden und holt für sich heraus, was herauszuholen ist. Es gilt zu beobachten: Lassen sich die Arbeiter dies gefallen oder sehen wir hier erste Schritte zur Koordinierung des Widerstandes?

Um im Bilde zu bleiben: Fesseln haben auch die deutschen Gewerkschaften – sich selber angelegt. Sie ordnen sich dem Profitinteresse der Kapitaleseite unter und müssen damit Produktivitätssteigerung im internationalen Konkurrenzkampf als unabdingbar ansehen. Eine konsequente Verteidigung der Arbeitsplätze ist nicht ihr Ziel. Arbeiter anderer Länder müssen sie als Konkurrenz sehen. Internationale Solidarität bleibt formal, ein Lippenbekenntnis. Doch gerade die Entsenderichtlinie der EU und die Entlassungen und Betriebsschließungen großer Konzerne zeigen die Notwendigkeit eines internationalen Zusammengehens der Beschäftigten.

Die britischen Industrieanlagenbauer haben gezeigt, wie durch selbst organisierte Aktionen der Gewerkschaftsmitglieder die „gefesselte“ Gewerkschaftsorganisation zum Kampf für Arbeiterinteressen genutzt werden kann.

Erläuterungen:

Labour Briefing, incorporating Voice of the unions ist eine von mehreren Zeitschriften vom linken Flügel der Labour Party, die u.a. von einigen Parlamentsabgeordneten gestützt wird. Auch einige trotzkistische Gruppen im Umfeld der Labour Party unterstützen sie. Sie bringt häufig auf Fakten basierende Artikel.

»**New Interventions**« ist ein Diskussionsorgan, das sich an sozialistisch orientierte Kollegen und Genossen wendet.

Keith Gibson ist shop steward der in allen Bereichen der britischen Wirtschaft vertretenen Gewerkschaft GMB, UNITE, die größte britische Gewerkschaft, und die GMB haben u.a. versucht, polnische und andere osteuropäische Arbeiter zu organisieren. Die Transport and General Workers Union (TGWU, jetzt Teil von UNITE) hat insbesondere viele lateinamerikanische Arbeiter (besonders in der Londoner Hotelbranche) organisiert).

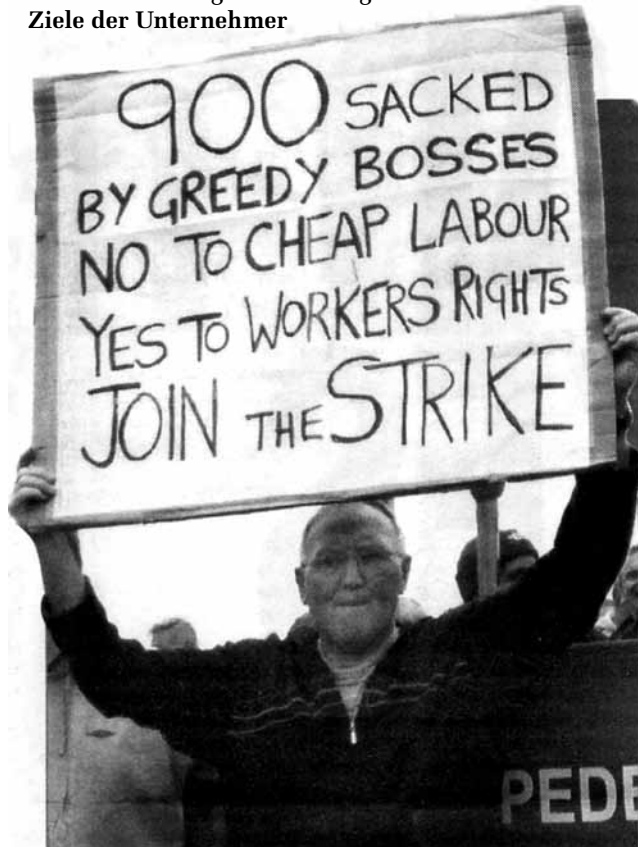
Owen Jones ist Mitglied des linkssozialdemokratischen Labour Representation Committee (LRC). Im LRC sind mehrere Gewerkschaftsbünde, regionale und lokale Gewerkschaftsorganisationen, wie auch einige wenige Lokalvereine der Labour Party vereinigt. Darüber hinaus z. B. Tony Benn, John McDonnell, gewerkschaftliche und Labour Party Aktivisten.

Der britische **Gewerkschaftsdachverband TUC** und mehrere Einzelgewerkschaften, wie auch die Unite, unterstützen inzwischen ein wenig Cuba, die Palästinenser, Chavez usw. und durch Anzeigen auch die Zeitung der Kommunistischen Partei »Morning Star«.

Wir dokumentieren gekürzt einen Diskussionsbeitrag von **H. Lavant** über die Bedeutung der spontanen Streiks an Großbaustellen aus »New Interventions«, Volume 13, Nr. 1

Die jüngsten Streiks im Industrieanlagenbau

Herausforderung für die antigewerkschaftlichen Ziele der Unternehmer



Die Streiks, die im Anlagenbau Anfang dieses Jahres ausbrachen, unterschieden sich von allen möglichen Konflikten, die wir in diesem Land seit 25 Jahren erlebt haben. Seit dem Ende des großen Bergarbeiterstreiks von 1984-85 haben wir bei keiner Sektion der Gewerkschaftsbewegung spontane, eigenständige Aktionen erlebt, die die dominierende Logik des freien marktwirtschaftlichen Kapitalismus herausforderten. ... Diese Auseinandersetzung war von strategischer Bedeutung.

Die der (britischen) Arbeiterklasse zugefügten Niederlagen waren von internationaler Bedeutung und wirkten fast drei Jahrzehnte nach. In Europa ist die Europäische Gemeinschaft/Union die logische Folge der Herausbildung eines kapitalistischen Weltmarktes, die in zunehmendem Maße eine arbeiterfeindliche, pro-liberale Zielsetzung verfolgt. Das zunehmende Gewicht kontinentaler Bau- und Technikunternehmen in Großbritannien wird in dem Artikel »Industrieanlagenbau in der Krise« (Frühjahrsausgabe von United, Magazin der Gewerkschaft Unite) hervorgehoben: »Die französische Alstom hat mit der deutschen RWE, einen Vertrag abgeschlossen, nahe Newark ein gasbetriebenes Elektrizitätswerk zu errichten, das für zwei Millionen Wohnhäuser Elektrizität produziert.«

Zentral für die Personalpolitik dieser Firmen innerhalb der Eurozone ist der Einsatz multinationaler Arbeitskräfte. Diese Arbeitskräfte können in einem Land eingestellt, aber

ausgesandt werden, um überall in Europa zu arbeiten. Eingestellt in einem Land, wird mit ihnen ein Arbeitsvertrag mit einem Lohn abgeschlossen, der unter dem des Landes liegt, in dem sie arbeiten sollen. So wird eine doppelte Lohn- und Gehaltsstruktur geschaffen, trotz der Tatsache, dass die Jobs vergleichbar sind. Damit werden die Löhne gedrückt. Die Unternehmer trennen und spalten die Arbeiter durch Sprache, Nationalität, Religion, Unterkunft und Arbeitseinsatz. Sie werden bei diesem Vorgehen durch die EU-Gesetzeslage unterstützt, so dass es den Gewerkschaften unmöglich ist, Vereinbarungen am tatsächlichen Arbeitsplatz, vor Ort, oder nationale Tarifverträge durchzusetzen: *»Arbeitgeber sind durch EU-Gesetz, besonders durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs befugt worden, nur die Arbeitsbedingungen und Regelungen des Herkunftslandes der Beschäftigten zu berücksichtigen, nicht die, wo sie arbeiten.«* (Labour Briefing, März 2009 – siehe auch Arpo 2009/1, S. 21, d. Red)

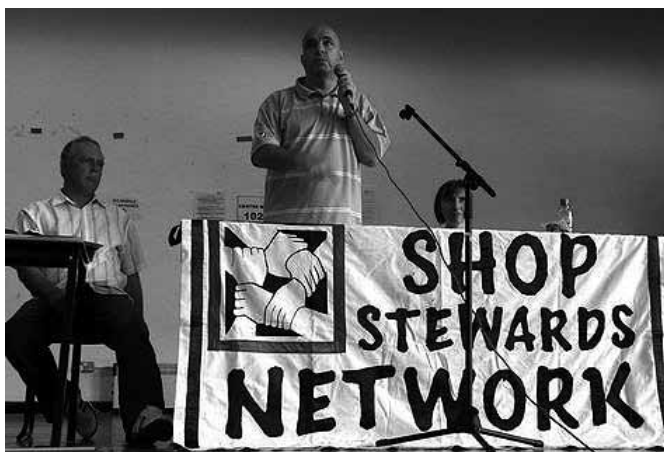
Die Rechtsprüche des Europäischen Gerichtshofs werden in Großbritannien durch die Antigewerkschaftsgesetze verstärkt, die – von der Toryregierung beschlossen – von New Labour beibehalten worden sind. Mit diesen Gesetzen werden die Gewerkschaften für Aktionen ihrer Mitglieder haftbar gemacht. Es ist im Interesse der Unternehmer, dass ... abgeschottete Arbeitskräfte nach Belieben durch Europa transportiert, und dann, wenn der Job getan ist, zu ihrem Herkunftsland zurückgeschickt werden können.

Über einen längeren Zeitraum hatte sich Groll bei den britischen Arbeitern gegen die Spaltung durch die »teile und herrsche«-Politik der Unternehmer angestaut. Die Gewerkschaft Unite hatte versucht, eine Politik zu entwickeln, diese Situation zu meistern: *»Unite versuchte von Alstom eine Zusage für gleiche Voraussetzungen bei Bewerbungen für alle Arbeiter zu erhalten, drängte Alstom zu einer Klausel, die britischen Arbeitskräften eine Bewerbung ermöglichen sollte, und jeder möglicher Subunternehmer sollte sich bemühen, britische oder heimische Arbeiter einzustellen.«* (United, Frühjahr 2009)

Aber diese Politik schlug fehl, als Alstom mit Remark eine nicht-britische Firma berief, die Unites Vorschläge ignorierte. Unter der Überschrift *»Verbrechen am Kraftwerk«*, berichtete das Gewerkschaftsorgan: *»Hunderte arbeitslose, erfahrene Bauarbeiter fingen Anfang Januar außerhalb des Staythorpe Kraftwerks in Nottinghamshire an anhaltend zu demonstrieren, nachdem der Energieriese Alstom ihnen Arbeit verweigerte.«* (United, Frühjahr 2009)

Die Protestaktionen am Staythorpe Kraftwerk, in Nottinghamshire – 1984-85 war dort das Zentrum der Streikbrecheraktivitäten der Gewerkschaft »Demokratische Bergleute« (Union of Democratic Miners'), die damals so viel zur Niederlage der Bergarbeitergewerkschaft NUM beitrug – waren die Initialzündung, die eine Reihe nicht offizieller Streiks entfachte, vor allem an der Lindsey Erdölraffinerie. Diese Streiks, alle nicht offiziell, von der Gewerkschaftsbürokratie also nicht anerkannt, haben verschiedene Punkte deutlich gemacht:

Inoffizielle Aktivitäten sind für die Unternehmer, die Gewerkschaftsbürokratie und die britischen und europäischen Anti-Gewerkschaftsgesetze eine direkte Herausforderung. Indem sie spontane (nicht offizielle) Maßnahmen ergriffen, machten die Kollegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz nicht anwendbar, nicht so einsetzbar wie die herrschende Klasse und ihre Verbündeten es haben wollen. Diese Gesetze richten sich gegen die offiziellen Kassen, also gegen die legalen Mittel der Gewerkschaftsbewegung. Indem sich die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre von diesen Streiks distanzieren, vermeiden die Gewerkschaften jegliche juristische Sanktionen gegen sie.



Für die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokratie wurden mit diesen spontanen Streiks die Gesetze umgangen und das ganze System der Beziehungen zwischen den Parteien in Wirtschaft und Industrie, das in diesem Land für die letzten 25 Jahre existiert hat, zerstört.

Die Strategie der Unternehmer lief darauf hinaus, den Gewerkschaften mit gesetzlich vorgesehenen Strafen zu drohen, falls sie die von Mitgliedern eingeleiteten Aktionen unterstützen sollten. Die Gewerkschaften versuchten nun, die Aktivitäten der Mitglieder zu steuern, was jedoch hoffnungslos war. Mit den spontanen Aktionen wurden die Gesetze umgangen, die Möglichkeiten der Unternehmen unterminiert, auf die Gewerkschaften Druck ausüben zu können und die Möglichkeiten der Gewerkschaftsbürokratie verringert, über eine Rückkehr zur Arbeit zu verhandeln.

Es wäre jedoch falsch, daraus zu schlussfolgern, die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie sei bei Verträgen über den Verkauf der Ware Arbeitskraft am Ende. Tatsächlich setzten die Beschäftigten in vielerlei Hinsicht die offizielle Politik ihrer eigenen Organisationen um: *»Unite versuchte von Alstom eine Zusage für gleiche Voraussetzungen bei Bewerbungen für alle Arbeiter zu erhalten, drängte Alstom zu einer Klausel, die britischen Arbeitskräften eine Bewerbung ermöglichen sollte, und jeder möglicher Subunternehmer sollte sich bemühen britische oder heimische Arbeiter einzustellen.«* (United, Frühjahr 2009)

... In der März-Ausgabe der Labour-Briefing gab Jerry Hicks, der linke Kandidat für den Generalsekretär von Unite, ... seine Erklärung für den Ausbruch des Sozial-Chauvinismus unter den Streikenden: *»Ich war besorgt, als ich bei Streikbeginn Plakate mit dem Slogan »britische Jobs für britische Arbeitskräfte« sah. Am ersten Tag des Streiks, traten alle offiziellen shop stewards zurück und das inoffizielle Sechser-Streik-Komitee wurde erst am zweiten Tag gewählt. Dadurch war ein zeitweiliges Vakuum in der politischen Führung entstanden. Und da Unites Transparente fehlten, stellten einige Streikende unter Verwendung von Gordon Browns Worte »britische Jobs für britische Arbeitskräfte« ihre eigenen Plakate her.«* (Labour Briefing, März 2009)

Offenkundig spielten Führung und Politik eine entscheidende Rolle beim Ergebnis des Kampfes von Lindsey. Owen Jones vom Labour Representation Committee bemerkte in seinen Artikel in der März-Ausgabe des Labour Briefing: Die Streikführer machten klar, dass dieses kein rassistischer Streik war: *»Wir haben mehr mit Menschen in der ganzen Welt gemeinsam als mit den Unternehmern, die uns dies alles antun«,* erklärte Streikführer Keith Gibson. Die Nachfragen des Lindsey-Streikausschusses – die von Genossen der Sozialistischen Partei beeinflusst waren und deren Rolle hervorgehoben werden muss – bezogen sich auch auf die gewerkschaftliche Organisierung und gewerkschaftliche Unterstützung für ausländische Arbeitskräfte und den Aufbau von Verbindungen mit Bauarbeitern auf dem Kontinent. United, Frühjahr 2009 ■

Verluste der SPÖ: Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich

Österreich ist nicht Deutschland, schaut man sich jedoch die Wahlergebnisse aus diesem Herbst an, könnte man ob der großen Übereinstimmung in Zweifel geraten. Österreich ist jedoch ein selbständiger Bundesstaat, Vorarlberg (ca. 370.000 Einwohner) ist das zweitkleinste Land mit etwa 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, Oberösterreich ist mit 1,4 Millionen schon wesentlich größer, der Bevölkerung nach das drittgrößte Land. Beide haben einen vergleichsweise großen Industrieanteil, der jedoch in Vorarlberg von Verlagerung ins Ausland bedroht ist (Textil) und in Oberösterreich in anderer Form Probleme hat (Schwerindustrie). Arbeitersetz bietet die touristische Branche, die allerdings auch derzeit unter einer Ermattung leidet, wie ja insgesamt »die Krise« für die arbeitende Bevölkerung noch lange nicht überstanden ist. In Vorarlberg gibt es kaum größere Städte, in Oberösterreich sind die größten Städte Linz (ca. 190.000), Wels (55.000) und Steyr (40.000), die vor der Wahl sozialdemokratische Mehrheiten hatten.

Das waren aber Ergebnisse aus dem Jahr 2004. Damals war die Welt für die SPÖ noch in Ordnung. In Oberösterreich hatte sie sich im Wahlergebnis der rechtsbürgerlichen ÖVP stark genähert, nur wenige Prozent trennten die beiden Parteien. Im Land Salzburg hatte sie seit 2004 den Sitz des Landeshauptmanns eingenommen, und zwar in der Person von Gabi Burgstaller. Bisher hatte die ÖVP diese Position sicher gehabt; in der Steiermark wiederholte sich das Wunder: Die SPÖ konnte auch hier zum erstenmal seit 1945 die politische Führungsspitze des Bundeslandes einnehmen (die KPÖ erreichte in dieser Wahl seit einigen Jahrzehnten wieder eine Vertretung im Landtag). In Wien und im Burgenland wurde die SPÖ-Führung ausgebaut, und in den Meinungsumfragen führte die SPÖ mit einigen Prozenten Vorsprung vor der ÖVP, die mit der FPÖ, damals noch unter Führung von Haider, eine gemeinsame Regierung bildete.

Jedoch ein halbes Jahr vor der Neuwahl des Parlaments schlug die Bombe ein: Die gewerkschaftseigene Bank, die BAWAG, hatte spekuliert und etwa 3,2 Milliarden Euro in den (karibischen) Sand gesetzt. Nun sind das heute keine besonders Aufsehen erregende Zahlen, denn in der Finanzkrise wurden noch ganz andere Beträge »umgesetzt«. Damals aber führte es zum Abbruch des Aufstiegs der SPÖ. Die SPÖ wurde 2006 durch den Verlust von weniger Stimmen als die ÖVP die größte Partei und konnte somit den Bundeskanzler in einer großen Koalition stellen, aber die Partei hat seither nicht ihre eigenen Füße wieder gefunden.

Auch nicht der Austausch des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers – bisher Gusenbauer, jetzt Faymann – half ihr. Und wieso auch? Beide bzw. die Partei führten im Wesentlichen die bisherige Politik weiter. Die Privatisierungen der 1945 in Staatseigentum überführten Deutschen Industrie – mit noch einigen weiteren Betrieben, deren Eigentümer in der Zeit der »Ostmark« sich etwas zu sehr angepasst hatten – wurden weitergetrieben. In Wien wurde diese Aufgabe von der Stadt weiterbetrieben, die städtischen Betriebe werden privatisiert, die Dienstordnungen umgestülpt, damit der Verkauf attraktiver für Investoren wird usw.

Das alles kennen wir auch aus Deutschland – aber immerhin die städtischen Wohnungen – die Gemeindebauten, die großen Errungenschaften der SPÖ in der Zwischen-

kriegszeit (Wer hat nicht vom »Karl-Marx-Hof« gehört?) sind nicht verkauft. Auch wenn seit knapp 20 Jahren keine mehr gebaut wurden, so wurden sie doch modernisiert. In Deutschland wurden auch die städtischen Wohnungen, z.B. in Dresden von der damaligen PDS (heute Partei Die Linke) liebend gern wegen eines kurzfristigen Gewinns verkauft.

Die Folge haben wir in den Wahlen dieses Jahres gesehen: In Salzburg wurde die Stellung nur noch knapp gehalten, in Vorarlberg wurde die SPÖ der große Verlierer und sackte auf etwa 10 Prozent der Stimmen ab und erreichte somit den vierten Platz hinter ÖVP, FPÖ und Grünen. In Oberösterreich verlor sie ein gutes Drittel ihres Anteils und kam mit knapp 25 Prozent auf den zweiten Platz.

Jetzt ist das große Wehgeschrei ausgebrochen, die SPÖ ist wie die SPD der große Wahlverlierer – der Unterschied ist jedoch, dass es in der BRD immerhin noch eine zweite (linkere) Sozialdemokratie gibt. Es ist seit der Wahl viel von neuer Profilierung gesprochen worden. Diese besteht – natürlich, ist man geneigt zu sagen – in der Verschärfung der Maßnahmen gegen Ausländer (einen Prügelknaben braucht man ja immer und Sozialschmarotzer und Verbrecher dürfen kein Aufenthaltsrecht bekommen). Das sind so die Vorschläge, es gibt auch andere, die eher von Integration reden wollen, z.B. kostenlose Ganztagskindergärten für alle 5-jährigen, damit sie Deutsch können, wenn sie in die Schulen kommen.

Es muss sich erst herauskristalisieren was gemacht werden kann. Natürlich wird auch die Personenfrage gestellt. Ausgerechnet der als links geltende Landtagspräsident der Steiermark, Kurt Flecker, forderte den Rücktritt Faymanns. Was soll das wohl helfen?

Bisher hat noch niemand darauf verwiesen – bis auf den ehemaligen SPÖ-Minister Androsch – dass die Partei, die mal die am besten organisierte der Welt war (mit 700.000 Mitgliedern etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung), inzwischen bei vielleicht 200 bis 250.000 Mitgliedern angelangt ist – und wie viele von diesen demnächst aus Altersgründen ausscheiden, will nun wirklich keiner wissen.

Aber hier liegt tatsächlich der Hase im Pfeffer. Die SPÖ hat seit langem keine Presse mehr, d.h. sie wird in den Medien schlecht behandelt: Journalisten sind auch nur Menschen, die meisten haben einen gutbürgerlichen Hintergrund, da freut es einen dann immer, dass man den Arbeitern und ihren persönlichen oder organisatorischen Vertretern eins auswaschen kann. Der eine oder andere wird sicherlich auch aus einem Arbeiterhaushalt stammen – wie der frühere Bundeskanzler Gusenbauer – aber da passt man sich lieber an. Entscheidend ist aber, dass die SPÖ keine eigentliche Verankerung in der Bevölkerung mehr hat, keine 700.000 Mitglieder, die die Politik der Partei in die Bevölkerung tragen. Das hat gewiss mehrere Gründe, ein zentraler ist, dass die Mitglieder vielleicht auch etwas mitbestimmen wollten in der Partei, dass sie sich nicht immer manipulieren ließen, dass sie nicht eingesehen haben, dass die Parteiführung immer besser Bescheid weiß. Ergebnis: Die Mitglieder sickerten weg, den Parteien fehlte das Geld, also ließen sich alle vom Steuerzahler finanzieren. Dadurch brauchte man die Mitglieder noch weniger – der ÖGB bezahlte sowieso den Unterschied zur Deckung des Unterschusses. Aber plötzlich hatte der ÖGB auch kein Geld mehr

(die Bank war weg), die Wähler stimmten nicht mehr so wie bisher üblich, und derzeit hat die SPÖ »Verbindlichkeiten« in der Größe von etwa 5 Millionen. Das Merkwürdige ist: »Die Menschen wollen unsere Politik«, wie Bundeskanzler Faymann behauptete, »sie stehen hinter uns«. Aber warum wählen sie dann nicht die SPÖ? Dieses kleine Problem haben die Vordenker der Partei noch nicht gelöst. Aber bis zur nächsten Wahl (in vier Jahren) wird das doch gewiss geordnet? 6.10.09 ■

Wir erhielten aus Wien nachstehenden **Leserbrief**, der die sozialdemokratische Politik in puncto Dienstverordnung verdeutlicht.

Liebe ArbeitskollegInnen und GenossInnen. Am 1. Jänner 2010 tritt für 65.000 Bedienstete die neue Dienstordnung der Stadt Wien in Kraft. Sie wird die Lebensqualität der ArbeitskollegInnen weiter nach unten drücken. Ich habe mir deshalb die Mühe gemacht die versteckten Grausamkeiten, die die Rathaus-SPÖ in der neuen Dienstordnung versteckt hat, sichtbar zu machen. Als ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen können wir diese skandalöse Dienstordnung nicht einfach hinnehmen.

Es ist höchste Zeit, von der asozialen und undemokratischen Politik der Sozialdemokratie, die sie gegen die Allgemeinheit führt, zu sprechen, sie ist schon seit langen keine Hilfe für die ArbeitnehmerInnen mehr. Im Gegenteil, in ihrer Zusammenarbeit mit dem Kapital hat sich herausgestellt, dass sie für die ArbeitnehmerInnen immer mehr zu einer Gefahr wird.

Zu dem Zustandekommen der neuen Dienstordnung ist zu bemerken, dass die ursprüngliche Dienstordnung auf die Betreuung und auf eine profitfreie Grundversorgung der Stadtbevölkerung zugeschnitten wurde, die es heute nicht mehr gibt. Der Grund hierfür liegt in der Überführung des kommunalen Eigentums in private Kapitalgesellschaften.

Die Wiener SozialdemokratInnen haben mit der Umstellung der sozialen Grundversorgung auf »private Dienstleistungen« den sozialen Charakter der Dienstleistungen beseitigt. Und die Gemeindebediensteten, die zuvor dem sozialen Wohl der Stadtbevölkerung dienten, dienen heute dem Profit dieser Gesellschaften. Es war also nur eine Frage der Zeit, wann die Rathaus-SPÖ den sozialen Charakter auch aus der Dienstordnung vertreibt.

Bevor wir zu dem negativen Teil kommen, wollen wir das Positive der neuen Dienstordnung hervorheben, z.B. den Erholungsurlaub. Der Urlaub wird ab der Vollendung des 57. Lebensjahres um drei Tage, und ab der Vollendung des 60. um weitere zwei Tage verlängert.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit den Tücken zu, die sich in der neuen Dienstordnung verstecken. Es beginnt damit, dass die Rathaus-SPÖ den Überstundenzuschlag zum größten Teil abgeschafft hat. Falls Überstundenzuschläge fällig werden, dann nicht mehr nach der achten, sondern erst nach der zehnten Arbeitsstunde.

Dafür wird eine sogenannte Funktionszulage eingeführt, die das Ausdünnen der Überstundenzuschläge etwas entschärfen soll, aber die zugleich alle Zulagen beseitigt. Diese neue Funktionszulage ermöglicht der ArbeitgeberIn eine subjektive und willkürliche Anhebung oder Senkung der zusammengefassten Zulagen.

Aber diese Einrichtungen von unterschiedlichen Zahlungsmöglichkeiten bei gleichen Arbeitsleistungen bewirkt die Spaltung unter den ArbeitnehmerInnen. Wie auch immer die Ungerechtigkeiten begründet werden, mit der un-

gleichen und ungerechten Entlohnung verfolgt die neue Dienstordnung, das politische Ziel, die Solidarität unter den KollegInnen zu untergraben.

Zum nächsten Punkt. Statt dem Wunsch der KollegInnen nachzukommen, eine wähl- und abwählbare Inanspruchnahme von Gleitzeiten einzurichten, wird die Idee der Gleitzeit als Vorwand für die Verlängerung des Arbeitstages missbraucht. Aus diesem Grund verlangt die Rathaus-SPÖ mit dem § [26b/2/2], dass ein »... Zeitrahmen festzulegen ist, der mindestens zwölf Stunden zu betragen hat«.

Sie schafft mit dem Vorwand der »Gleitzeit« einen 12-stündigen Zeitrahmen für die ArbeitgeberInnen, und das auf Kosten des 8-Stunden-Tags, der somit aufgehoben ist. Der 8-Stunden-Tag besteht nur mehr auf dem Papier, beziehungsweise in der theoretischen Durchrechnungszeit. Denn die Rathaus-SPÖ hat hierfür, gemeinsam mit der FSG, an die Stelle der Überstundenzuschläge, die Durchrechnungszeiten gesetzt.

Der eigentliche Zweck von Durchrechnungszeiten besteht darin, dass die ArbeitnehmerInnen mit den Durchrechnungszeiten um ihre Überstunden betrogen werden. Und dazu kommt noch, dass der Zeitrahmen von 12 Stunden, »innerhalb der Zeit von 6 bis 22 Uhr«, beliebig von der ArbeitgeberIn als Schichtersatz hin und her verschoben werden kann.

Wie wir hier sehen, wird mit der Einführung des 12-Stunden-Zeitrahmens klammheimlich die Verfügbarkeit über die Arbeitskraft zu Gunsten des Arbeitgebers ausgebaut. Die Befehlsgewalt, in der die ArbeitgeberIn über die Arbeitskraft, beziehungsweise über den Willen der ArbeitnehmerIn verfügen kann, beträgt statt acht nun zwölf Stunden am Tag. Dies ist auch der Grund, weshalb die Rathaus-SPÖ den 12-Stunden-Zeitrahmen allen ArbeitnehmerInnen aufzwingt. Dazu hat sie extra den Zwangsparagraphen [26b. /1] geschaffen der lautet: »Außer [für Beschäftigte] für die die gleitende Arbeitszeit aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht in Betracht kommt, ist die gleitende Arbeitszeit [für alle] einzuführen«.

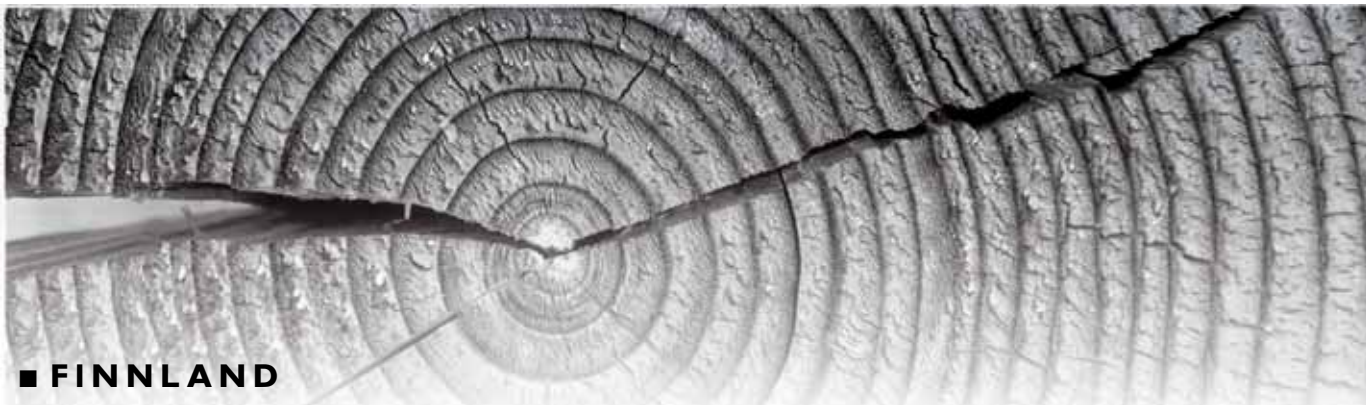
Es ist also für jeden klar ersichtlich, dass der Zeitrahmen von 12 Stunden einerseits die Machtbefugnisse der ArbeitgeberInnen erweitert, sowie andererseits die Durchrechnungszeiten Verluste für die ArbeitskollegInnen bringen werden. Diese Regeln schaffen Grauzonen und erhöhen die Schutzlosigkeit für die ArbeitnehmerInnen, verwässern ihre Mehrdienstleistungen und entwerten ihre Überstunden zu normalen Arbeitsstunden, die in den 12-Stunden-Zeitrahmen fallen, falls diese nicht schon durch die Durchrechnungszeiten vernichtet wurden.

Auf den Punkt gebracht: Die neue Dienstordnung beseitigt die Rechte, die mit dem Acht-Studentag zusammenhängen; sie schafft für die ArbeitgeberInnen zusätzliche Repressionsmöglichkeiten; sie verlängert die Eingriffszeiten in die Privatsphäre der ArbeitnehmerInnen und senkt mit den Regeln der neuen Dienstordnung, den Wert ihrer Arbeitskraft, und somit auch ihr Einkommen. Dass all diese Einsparungsmaßnahmen, die sich in der neuen Dienstordnung verstecken, auch die Pensionen der ArbeitnehmerInnen massiv verkürzen, versteht sich wohl von selbst.

Nachsatz zum Zeitraum der Umsetzung: Allerdings finden im kommenden Frühjahr die Gewerkschafts- und im Herbst die Wiener Gemeinderatswahlen statt. Daher kann es sein, dass die SozialdemokratInnen taktieren und erst nach den Gemeinderatswahlen ihre neue Dienstordnung im vollen Umfang umsetzen werden.

Die neue Dienstordnung ist ein Bild, das im Kleinen das heutige Gesicht der Sozialdemokratie zeigt.

Grüß G. K., Wien ■



■ FINNLAND

Die Weltwirtschaftskrise erfasst Finnland

Im August 2008 versuchte die finnische Regierung als ideeller Gesamtkapitalist über die Gewährung einer Steuerensenkung für Waldbesitzer die Entwicklung der »Waldindustrie« (Sägewerke, Zellulose- und Papierfabriken) zu beeinflussen:

Rückwirkend vom April sollten die Waldbesitzer für Holzlieferungen im Jahr 2008, 50 Prozent, und 2009, 25 Prozent Steuerermäßigung erhalten damit sie ihr Holz billiger abgeben.

Denn die Waldindustrie hatte beklagt, dass sie wegen der hohen Preise für finnisches Holz nicht mehr konkurrenzfähig sei, was zu den bereits erfolgten Betriebschließungen geführt hätte (vergl. Arpo 3/2008). Die Waldbesitzer, das sind 1 Million der 5 Millionen Einwohner Finnlands, konnten bislang die Preise hoch halten, weil Russland, zweitwichtigster Holzlieferant für die finnische Waldindustrie, angekündigt hatte, ab 2009 russisches Holz durch die Anhebung der Exportzölle noch teurer als finnisches zu machen. Die Russen möchten dadurch die finnische Waldindustrie anregen, in Russland stärker in die Holzverarbeitung zu investieren, anstatt überwiegend nur den Rohstoff Holz zu abzukaufen. Die Entscheidung Russlands über höhere Zölle, so ließ Putin anlässlich seines Besuchs im «Frühsommer verlauten, sei vorerst aufgeschoben worden.

Doch gleich nach der Ankündigung der Steuerensenkung in Finnland stellte der Experte und Leiter des Waldforschungsinstituts Metla, Joensuu, Donner-Amnell, die Maßnahme in Frage: *»Ich tue mich sehr schwer zu glauben, dass die Industrie ihr Holz zu solch einem Preis bekommt, der sie veranlasst, den Betrieb von solchen Fabriken aufrechtzuerhalten, die sonst bedroht wären. ... Die Überkapazitäten in der Produktion von Journalpapier sind das Problem, dieses löst man einfach durch Stilllegung, entweder zeitweise oder ganz.«*

Im Laufe des Jahres 2008 und im ersten Quartal des Jahres 2009 wurden dann auch insgesamt weitere 10 Papier- und Kartonmaschinen in Finnland stillgelegt. Die Produktion von Papier und Karton wurde um 8 Prozent gesenkt, die Produktion von Sägeprodukten um 21 Prozent. Noch sind dort noch direkt 27.000 (indirekt 60.000) Menschen beschäftigt, vor fünf Jahren waren es noch 37.000. Bis zum Jahr 2020 ist gemäß einer Studie des Forschungsinstituts Metla mit der Abnahme der jetzigen Produktionskapazitäten von einem Drittel und dem Abbau von weiteren 10.000 Arbeitsplätzen zu rechnen.

Die von Donner-Amnell vorhergesagte Entwicklung der Überkapazität an Zelluloseprodukten wurde durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise noch beschleunigt.

Im August 2009 trat der Direktor von Stora Enso Finnland, Jouko Karvinen, vor die Presse und verkündete zwecks Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit die Stilllegung weiterer Produktionseinheiten. So blieben die Waldbesitzer trotz gestiegener Verkaufsbereitschaft auf großen Mengen ihres Holzes sitzen und wurden somit nicht in dem erwarteten Maße Nutznießer des staatlichen Eingriffs. Es bleibt anzufügen, dass Stora Enso seine Produktion in Schweden erhöht hat, da der Konzern dort auf Grund der schwachen Krone billiger produzieren und exportieren kann.

Das Handeln der Regierung: Ein kapitalistisches Lehrstück, ...

Im März 2007 weigerte sich die bürgerliche Mehrpartei- enregierung noch bei der Stilllegung der Stora Enso Zellulosefabrik in Kemijärvi, als größter Anteilseigner zu Gunsten der Beschäftigten und der Bürger der Stadt *»in die Belange eines Aktienkonzerns«* einzugreifen und ignorierten damit den an die Regierung übergebenen Beschluss des Kommunalparlaments Kemijärvi nach einer dem Gesetz nach möglichen Zwangseinlösung des Stora Enso Werkes, um das Werk an ein anderes Unternehmen vermieten zu können.

2008 nun nimmt die Regierung unverhohlen die Interessen der Waldbesitzer und der Waldindustrie wahr – auf Kosten der restlichen Steuerzahler.

Die vornehmlich in der finnischsprachigen Landbevölkerung verankerte »Zentrumspartei« (Kesk) des Ministerpräsidenten Vanhanen hatte mit diesem Vorhaben ihr Wählerklientel für die Kommunalwahl im Herbst 2008 im Auge. Sie verloren dennoch an Stimmen. Die Partei des Finanzministers Katainen, Mitglied der großbürgerlichen Nationalen Sammlungspartei (Kok), mittlerweile stärkste Partei im finnischen Reichstag, die wie ihre schwedische Schwesterpartei (Moderaterna) als neue Arbeiterpartei auftritt, bediente gleichzeitig ihr Klientel.

...doch die reale Entwicklung dreht der Politik eine Nase

Ab dem Herbst 2008 erfasste die weltweit einsetzende Krise die gesamte finnische Wirtschaft mit dem Schwergewicht auf die Exportindustrie. Es zeichnet sich eine Verminderung des Bruttonationalprodukts von 6 Prozent ab, die Kurse stiegen im Zeitraum Januar und Mai um 33 Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg von 6,2 Prozent auf nunmehr 7,3 Prozent, für das Jahr 2010 wird ein Anstieg auf 11 Prozent erwartet. Dennoch stiegen im ersten Quartal des Jahres 2009 die Löhne noch um 5 Prozent bei einem Sinken der Inflationsrate auf 0 Prozent.

Formen der Kapitalbereinigung...

Auch in Finnland werden zur Zeit von den Kapitalisten Massenentlassungen möglichst noch vermieden. Dennoch wurden zwischen Januar und Juli 2009 12.000 Arbeitskräfte entlassen, dreimal soviel wie im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Fast sechsmal so viele Beschäftigte, 95.000, wurden für eine begrenzte Zeit »freigesetzt«, d.h. sie gingen in Kurzarbeit oder unfreiwilligen Urlaub bei Lohnersatz durch die Arbeitslosenkasse. So gab die SAS Tochterfluggesellschaft Blue 1 die sukzessive zwei- bis vierwöchige »Freisetzung« ihres gesamten Personals bekannt. Die Anwendung dieses Mittels wird im Einvernehmen mit den Gewerkschaften vorgenommen.

Den Einsatz des Mittels der direkten Lohnsenkung versuchte u.a. die Mediengruppe KSF. Die Gewerkschaft der Journalisten verweigerte sich, diesem Weg mitzugehen. Als Reaktion auf diese Weigerung wurde die Herausgabe der betroffenen Tageszeitungen, u.a. die in schwedisch erscheinenden Hauptstadtzeitung »Hufvudstadsbladet« bis zum Ende Juli auf 6 Wochentage reduziert. Seit Anfang des Jahres wurden in Finnland bereits 100 Journalisten entlassen, die gleiche Anzahl zeitgebundener Journalisten verloren ihre Arbeit, gleich viele wurden »freigesetzt«.

...und die Haltung der Regierung

Bereits mit der Wiederwahl der bürgerlichen Koalitionsregierung im Frühjahr 2007 wurden unter Federführung des Finanzministers Katainen (Kok), folgende Gesetzesänderungen beschlossen, bzw. geplant:

- Die beschlossene Kommunalreform wurde aus der Hand des Innenministeriums in die Verantwortung des Finanzministeriums verlegt. Damit wurde die Zielrichtung der Zusammenlegung von Kommunen und kommunalen Einrichtungen, bei höherer Autonomie vor allem auf die finanzielle Beschlussfassung deutlich: Privatisierung unter dem Argument der notwendigen Kostensenkung.
- Die Kapitalsteuer wurde auf 28 Prozent gesenkt, wegen die Einkommensteuer noch zwischen 40 und 45 Prozent beträgt, mit der Folge, dass zunehmend private Dienstleistungen, so z.B. von Ärzten durch kommunale Einrichtungen gekauft werden, die als Selbständige keine Einkommensteuer incl. Kommunalsteuer zahlen, sondern eine Kapitalsteuer.
- Mehrwertsteuersenkung für Lebensmittel, von zur Zeit 17 auf 12 Prozent ab Oktober 2009 und für 2010:
 - gleichmäßig verteilte Steuersenkung um 800 Millionen Euro
 - Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenkasse um 0,2 und 0,4 Prozent (durchschnittlicher Beitrag bei 12 Euro pro Monat) bei Einführung der teilweisen steuerlichen Absetzbarkeit
 - staatliche Übernahme der Finanzierung des einkommensbezogenen Kurzarbeitergeldes.

Doch die Krise hat der neo-liberalen Steuersenkungspolitik auch in Finnland die Grenzen angedeutet. Der Wirtschaftsminister Mauri Pekkarinen (Kesk) ist im Falle einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf 11 Prozent bereit, den Verschuldungsgrad von jetzt 64 auf 68 Prozent zu erhöhen, und diese durch notwendige Steuererhöhungen auszugleichen, die aber nach Aussage des Finanzministers Katainen (Kok) nicht vor den Wahlen im Jahre 2011 vollzogen werden sollen.

Der im Vergleich zu Deutschland geringe Verschuldungsgrad (74 Prozent in 2009, 79 Prozent in 2010) deutet auf die ungebrochene Marktgläubigkeit der Regierung hin. Sie ist damit vergleichbar mit der Politik der neo-liberalen

Regierung Schwedens, die sich weigert unmittelbar zur Stützung von SAAB und Volvo einzugreifen

Reaktion der organisierten Arbeiter/innenschaft...

- die Arbeitskampfmaßnahmen des Pflege- und Krankenhauspersonals im Herbst 2007, (verl. Arpo 1/2008),
- die von der Bevölkerung der Region Kemijärvi initiierten regional, landesweiten und auch in Brüssel sichtbaren Demonstrationen gegen die Stilllegung der Stora Enso Zellulosefabrik, (Arpo 5/2005)
- die Streikbereitschaft in der Lohntarifrunde Herbst/Frühjahr 07/08 (Kasten1), in der es zu Kompensationsabschlüssen kam,
- die zunehmenden Diskussion über die negativen Folgen der Kommunalreform, z.B. der Privatisierung öffentlicher Dienst,
- Die einsetzende Krise spiegelte sich in unterschiedlichen Reaktionen unter den von ihr betroffenen Arbeitskräften und Gewerkschaften wider:
- Die Gewerkschaft der Metallarbeiter erhob schon nach Einsetzen der Krise im Herbst 2008 eine angepasste Lohnforderung von 0,8 Prozent, brach im Mai die Verhandlungen ab und verschob sie auf den August dem Ende der Industrieferien mit dem Ergebnis einer Lohnerhöhung von lediglich 0,5 Prozent.
- Die ebenfalls in der von der Krise besonders betroffenen Exportindustrie wirkende Gewerkschaft der Papierarbeiter, die noch 2005 einen landesweiten sechswöchigen Arbeitskampf in Folge der Aussperrung durch die Konzerne der »Waldindustrie« geführt hatte (Arpo 5/2005), steht seit August in einer Lohntarifrunde. Mit dem Arbeitskampf in Kemijärvi vergleichbare Aktionen fanden bei der Stilllegung weitere Produktionsanlagen nicht mehr statt.
- Die Eisenbahnergewerkschaft mit ihren ca. 15 000 Mitgliedern und die Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten, ca. 1500 Mitglieder, legten für 24 Stunden von der Nacht vom Sonntag dem 13. Juni 2009 auf Montag lan-

Fusionsversuche finnischer Gewerkschaften

Fünf Einzelgewerkschaften planten seit 2007, dem Mitgliederverlust durch eine Fusion zur »TEAM-Gewerkschaft«, die ca. 300.000 Mitglieder umfassen soll, entgegenzuwirken.

TEAM sollten neben dem Verband der Metallarbeiter auch die Gewerkschaft der Chemiearbeiter, den Verband der Arbeiter der Holz- und Spezialbranche, Verband der Kommunikationsarbeiter und der Eisenbahnarbeiter umfassen. Diesem Vorhaben wurde Anfang Juni 2009 auf einem Sondergewerkschaftskongress des Verbandes der Metaller als mitgliedsstärkste Gewerkschaft ein Riegel vorgeschoben. In einer offenen zweiten Abstimmung stimmten 303 für und 181 gegen die Fusion. Diese Entscheidung wurde gefällt, obwohl in einer Mitgliederabstimmung die Mehrheit für den Zusammenschluss gestimmt hatte. Die dem »Linksverband« zugehörigen, in der Metallgewerkschaft stark vertretenen Delegierten, stimmten gegen die Bildung dieser Großgewerkschaft. Als Grundlage des ablehnenden Verhaltens ist der befürchtete Einflussverlust der Linksverbandsfraktion in dem neuen Verband anzusehen, da in den anderen Verbänden die Funktionäre der SDP eine bestimmende Stellung einnehmen. Nun wird über eine modifizierte Form der Zusammenarbeit, z.B. in einer Union nachgedacht. ■

Von zentralen zu dezentralen Tarifen

In Finnland wurden 2007/08 erstmalig nicht mehr gemeinsam von Gewerkschaften, Arbeitgeberverband und Mitgliedern der Regierung ausgehandelte zentrale Abschlüsse getroffen, sondern dezentrale, ohne die staatlichen Vertreter.

Bis dahin wirkte der Vertreter der Regierung daraufhin, dass die Abschlüsse für die Unternehmen nicht zu teuer wurden, befriedigte dann die Seite der Lohnabhängigen mit entsprechenden Steuersenkungen als Kompensation.

Jedoch auch die Form der dezentralen Abschlüsse stieß jetzt auf den Widerspruch des »Verbandes der Unternehmer« (Kleinst- bis Mittelbetriebe), da die Kollektivabschlüsse der Großbetriebe, vertreten durch den Verband »Finnlands Wirtschaftsleben (EK)«, weiterhin gesetzlich verbindlich waren, der Staat aber auch nicht mehr ausgleichend eingriff. Es wurde nur teurer.

Der Verband der Unternehmer will selbst Verhandlungen führen dürfen, nur bei fehlendem Konsens soll es zur Übernahme des Kollektivabschlusses kommen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes SAK lehnte diese Forderung mit dem Hinweis auf das Ziel der Verschlechterung des Vertragsschutzes ab. ■

desweit die Arbeit in einem Warnstreik nieder. Grund war die geplante Ausschaltung von Gewerkschaftsmitgliedern aus den Mitbestimmungsgremien und die geplante Entlassung von 350 Beschäftigten von VR Cargo. Das war der erste landesweite Streik der Eisenbahner seit 50 Jahren. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer beteiligte sich nicht an diesem Streik. Der Bahnverkehr war dennoch völlig stillgelegt, da die Verkehrsleitung und Verkehrssicherheit mit in den Streik einbezogen war.

- In der staatlichen Alkoholproduktion (Altia) kam es zu einem mehrstündigen Streik, da 80 von 650 dort Beschäftigten entlassen werden sollten.
- Bei der Postlogistik (Itella) ist ein Arbeitskampf um die Beteiligung der Gewerkschaften in dem Mitbestimmungsgremium angesagt.
- Ohne Arbeitskampf erreichte die Dienstleistungsgewerkschaft PAM im Oktober 2009 eine Lohnerhöhung für die niedrigst bezahlten Reinigungskräfte von 16,5 Prozent innerhalb des Zeitraums von 5 Jahren wobei die Lohnerhöhungen der weiteren Tarifrunden dazu addiert werden sollen. Ziel ist die Erhöhung um 25 Prozent bis 2015.

...und dabei zu berücksichtigende Faktoren

Bei der Beurteilung der aktuellen Reaktion der Lohnabhängigen ist zu berücksichtigen, dass das politische Bewusstsein der finnländischen Arbeiterklasse in den letzten 20 Jahren durch zwei wichtige Entwicklungen geprägt wurde: erstens durch die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einsetzende, fast 10 Jahre dauernde Umstrukturierungskrise Finnlands, die zu höher Arbeitslosigkeit führte, da der wichtigste Absatzmarkt der finnischen Exportindustrie wegbrach, und zweitens durch einen sich daran anschließenden rasanten ökonomischen Aufschwung, der durch den Begriff »tuppla Suomi« (doppeltes Finnland) charakterisiert wurde und der auch vielen Arbeiterfamilien neben einem eigenen Haus den Erwerb eines komfortablen Sommerhauses und zweier Autos ermöglichte.

Wahlpolitischer Ausdruck der Krise

Die ökonomische Krise spiegelte sich wie folgt in dem Ergebnis der Wahlen zum Europaparlament wider:

- Lediglich 40,3 Prozent der Finnländer beteiligten sich an den Wahlen, das war dennoch eine leichte Steigerung gegenüber 2004 (39,43 Prozent)
- Die eurokritische, sich auch latent einwandererfeindlich gebärende Partei der »Echtfinnen« (PS) ist erstmals mit einem Sitz im Europaparlament vertreten.
- Der »Linksverband« (VAS) erhielt kein Mandat mehr, dieses ist Ausdruck des ambivalenten Verhältnisses ihrer Wähler, aber auch ihrer Führungskräfte zur EU. Der Linksverband reagierte umgehend mit der Neubesetzung des Vorstandspostens. Der neue Vorsitzende will, dass die Partei wieder auf der Straße sichtbarer wird, sich stärker grün profilieren und die Belange der prekär Beschäftigten mehr berücksichtigen will.
- Die Grünen erhielten 2 Sitze (+ 1), gleichviel wie die SDP (-1).
- Die Partei des Ministerpräsidenten Vanhanen, die Zentrumsparterie (Kesk.) verlor an Stimmen. Diese gingen vornehmlich an die Partei der »Echtfinnen«, die insbesondere in Ostfinnland an Stimmen gewannen, einem Gebiet, in dem die Bewohner zu den Verlierern der wirtschaftlichen Umstrukturierung gehören.
 - Trotz Stimmenverluste blieb die Nationale Sammlungspartei (Kok), die stärkste Partei. ■

Der Aufschwung vollzog sich jedoch unter einem sehr langsamen Abbau der Arbeitslosigkeit, von ca. 20 auf 6,2 Prozent im April 2008.

Diese ökonomische Entwicklung schlug sich auch in einer klassenpolitischen Desorientierung der finnländischen Arbeiterbewegung nieder. Die Demokratische Liga des finnischen Volkes (SKDL) in der die Vertreter der Kommunistischen Partei (SKP) dominierten, hatte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion noch bis zu 20 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Die SKDL war in der Gewerkschaftsbewegung stark verankert und teilte sich in den Einzelgewerkschaften jeweils mit den Sozialdemokraten die Führung. 1990 löste sich die SKDL auf, die verbliebenen Aktiven gründeten den Linksverband (VAS), programmatisch vergleichbar mit »Die Linke«. Sie erhielt bei Wahlen noch um die 8 Prozent, sind aber außerparlamentarisch kaum wahrzunehmen.

Die Sozialdemokraten hatten sich während ihrer Regierung auf dem Wege in die EG/EU seit Mitte der 80er Jahre bei der damit verbundenen notwendigen Transformation des »nordischen Wohlfahrtsstaates« in einen gewöhnlichen kapitalistischen Staat verbraucht und dabei die Gewerkschaften mit auf den Weg genommen.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass innerhalb der finnländischen Arbeiterklasse angesichts der ungeklärten ökonomischen Entwicklung, dem oft zitierten »Licht am Ende des Tunnels«, der Ausschöpfung des »Mittels der Kurzarbeit« bei gleichzeitig prognostizierter »Zunahme der Arbeitslosigkeit«, insbesondere in der exportorientierten Industrie, ein Zustand des Verharrens auszumachen ist. Dieser Zustand wird jedoch durch die beschriebene Bewegung im Dienstleistungsbereich durchbrochen, eine Entwicklung, die wir ja auch in Deutschland feststellen können.